

# Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaßene Poststelle oder deren Raum 30 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., auswärtsige Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 225.

• Dienstag, den 25. September 1917.

24. Jahrg.

## Verständigungsfriede oder Krieg ohne Ende?

### Mitbürger! Parteigenossen!

Seit Wochen und Monaten ist eine jügellose Agitation im Gange, um einen baldigen Friedensschluß, den der deutsche Reichstagsrat und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes als möglich und wahrscheinlich bezeichnet haben, mit allen Kräften zu hintertreiben. Nach drei Jahren eines Krieges, der wie kein zweiter ein Uebermaß von Leiden und Weh über die ganze zivilisierte Welt gebracht hat, magt es eine kleine, aber geräuschvoll und anmaßend auftretende Gruppe, dem deutschen Volke zuzumuten, daß es für phantastische Eroberungspläne und unmögliche Welt-herrschaftsziele den Krieg auf unabsehbare Zeit und zu einem ungewissen Ende fortsetze. Diese kleine Gruppe tritt unter den verschiedensten Namen, in den mannigfaltigsten Gewändern auf; bald im Rahmen einer politischen Partei, bald bezeichnet sie sich als „Unabhängiger Ausschuß für einen deutschen Frieden“, bald als „Ausschluß zur raschen Niederkämpfung Englands“, neuerdings hat sie auch eine besondere Partei ins Leben gerufen, die „Deutsche Vaterlandspartei“, aber hinter all dem steckt immer wieder derselbe Kreis von Menschen, der seit Jahren bekannt ist unter dem Namen der Alldeutschen.

### Wer sind die Alldeutschen?

Die Alldeutschen sind die markantesten Vertreter des deutschen Imperialismus. Ihr besonderes Kennzeichen ist die Verherrlichung und Anbetung der nackten Gewalt und der brutalsten Tötung, die ihnen als die einzigen weltbewegenden Kräfte erscheinen. Das gilt nach außen wie nach innen hin. Nach außen hin erstreben sie eine möglichst weite Ausdehnung des Deutschen Reiches über seine jetzigen Grenzen hinaus, die Unterwerfung und Angliederung benachbarter Länder sowie den Erwerb möglichst umfangreicher Kolonialgebiete. Nach innen wollen sie mit derselben brutalen Gewalt die aufstrebenden arbeitenden Klassen und die Demokratie niederhalten. Ihr lärmendes Gebaren und Auftreten hat namentlich dazu beigetragen, in der übrigen Welt die Vorurteile und das Mißtrauen gegen das deutsche Volk zu säen, die sich jetzt so bitter an uns gerächt haben. Denn das Ausland konnte bei dem großspurigen Auftreten der Alldeutschen nicht erkennen, was wir wissen, daß in Wirklichkeit nur eine verschwindende Minderheit des deutschen Volkes hinter den Alldeutschen steht.

Auch jetzt während des Krieges wendet sich die große Masse des deutschen Volkes von den alldeutschen Kreisen ab. Die hinter den Alldeutschen stehen, sind an Zahl gering, an Einfluß freilich mächtig. Abgesehen von einigen weltfremden Ideologen, Schulprofessoren und pensionierten Militärs, sehen wir bei den Alldeutschen hauptsächlich die Kreise, denen der Krieg große Gewinne in den Schoß geworfen hat und die auch bei langer Fortdauer des Krieges nicht um ihre wirtschaftliche Existenz zu fürchten brauchen, vor allem die Kreise der schweren Industrie und des Landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes. Sie speisen die Bewegung auch aus unerschöpflichen Geldquellen, kaufen in Massen bisher unabhängige Zeitungen auf und verwandeln sie in ihre Propaganda, sie haben auch die neue „Deutsche Vaterlandspartei“ finanziert und ermöglichen ihr eine Agitation nach amerikanischem Muster.

### Die Kriegsziele der Alldeutschen.

Jedermann in Deutschland weiß, daß ein baldiger Frieden nur möglich ist, wenn Deutschland sich mit seinen Gegnern verständigt. Selbstverständlich will niemand in Deutschland einen Frieden, der Deutschlands Ehre, Unabhängigkeit oder wirtschaftliche Existenz antastet. Das gilt namentlich auch von der deutschen Sozialdemokratie. Jede gegenteilige Behauptung ist eine Verleumdung.

Aber andererseits ist vollkommen klar, daß es eine endlose Verlängerung des Krieges bedeuten würde, wenn Deutschland darauf ausginge, fremdes Land zu erobern, andere Völker zu unterwerfen oder eine hohe Kriegsentwöhnung von den Gegnern einzuhemmen. Denn ebenso wie das deutsche Volk sich mit dem Aufgebot aller Kräfte gegen derartige Zumutungen seiner Gegner wehrt, würden sich diese bis zum äußersten und letzten verteidigen, ehe sie auf derart demütigende Bedingungen eingingen.

Eroberungen und Entschädigungen fordern, heißt also, den Krieg bis ins Endlose verlängern.

Das ist aber das Ziel der Alldeutschen. Eins ihrer hervorragenden Mitglieder, Graf von Roon, Generalleutnant z. D., Mitglied des preussischen Herrenhauses, hat es in einer alldeutschen Korrespondenz am 22. August 1917 in folgendem schneidigen Divisionsbefehl formuliert:

- keine Verständigung,
- keine Verhandlung,
- keine Friedenskonferenz,

sondern nur völliger Sieg, völliges Niederdrücken aller Gegner und dann:

jedem einzelnen den Frieden diktieren, den wir ihm bewilligen können und wollen.

Also zunächst die Gegner völlig niederdrücken! Aber das ist auf dem Papier leichter getan wie in der Wirklichkeit. Deutschland müßte danach zunächst einen Sieg erringen, durch den England, Frankreich, Rußland, Italien, die Vereinigten Staaten, Japan, China, Brasilien usw. usw. völlig auf die Knie geworfen werden. Wie stellt sich Graf Roon diesen Sieg vor? Wie stellt er sich namentlich den Sieg vor, der es uns ermöglichen soll, Japan oder den Vereinigten Staaten den Frieden zu diktieren?!

Trotzdem hören die Alldeutschen nicht auf, den dicht vor der Tür stehenden „Endsieg“ zu prophezeien. Jeder, der an dieser Prophezeiung zweifelt und mit ruhigem Kopf die Tatsachen prüft, wird von ihnen in der maßlosesten Weise als „Flaumacher“, „Feigling“ usw. beschimpft.

### Wie steht es aber mit der Zuverlässigkeit alldeutscher Prophezeiungen?

Schon ein Duzendmal haben sie uns den völligen Zusammenbruch der Gegner in ganz kurzer Zeit prophezeit. Bisher aber ist keine dieser Prophezeiungen eingetroffen. Nur ein paar Beispiele dafür: Im Juni erklärte der alldeutsche-konservative Führer Graf v. Helldorf auf einer Versammlung in Mültich, von ganz zuverlässiger Seite gehört zu haben, daß England binnen zwei Monaten völlig erledigt sein würde. Seitdem ist mehr als die doppelte Zeit vergangen, England ist noch nicht niedergezwungen. Wenige Zeit später aber, im August 1917, prophezeite der Fürst Salin-Horsmar auf einer Dortmunder Flottenvereinstagung,

„nur noch wenige Monate gilt es auszuhalten und unsere Feinde liegen vollständig zerschmettert am Boden.“

Seitdem ist nun auch längere Zeit vergangen, aber es macht sich noch kein Anzeichen für die „völlige Zerschmetterung“ unserer Feinde bemerkbar.

Bei diesen andauernden Mißerfolgen im Prophezeien muß man die Dreistigkeit bewundern, mit der die Alldeutschen jeden Beschimpfung und Verhöhnung, der ihren Voraussetzungen den Glauben aufkündigt.

### Die Alldeutschen und der Reichstag.

Der Deutsche Reichstag hat am 19. Juli 1917 sich mit großer Mehrheit auf den Boden des Verständigungsfriedens gestellt. Er hat der Willenmeinung des deutschen Volkes durch Annahme einer Resolution Ausdruck gegeben, welche ausdrücklich Eroberungen und Vergewaltigungen fremder Völker ablehnt.

Nur die alldeutschen Eroberungspolitiker und ihre Helfer aus der von der sozialdemokratischen Partei abgespalteten unabhängigen Sozialdemokratie stimmten dagegen. In ihrer Antwort auf die Papstnote hat die deutsche Regierung beteuert, wie sehr es ihr am Herzen liegt, im Einklang mit den Wünschen des Papstes und der Friedensstimmung des Reichstages vom 19. Juli brauchbare Grundlagen für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu finden.

Kaum hatte der Reichstag die erwähnte Resolution gefaßt, als die Alldeutschen mit den maßlosesten Beschimpfungen über die Reichstagsmehrheit hinfuhren. Namentlich die deutsche Sozialdemokratie, deren Vertreter ein wesentliches Verdienst daran haben, daß die Friedensresolution des Reichstages zustande kam, wurde in der unflätigsten Weise angegriffen. Ausdrücke, wie „Schmachresolution“, „Bankrottresolution“, „Friedensgewinn“, „neurasthenischer Zusammenbruch“ waren noch das geringste. Die „Deutsche Tageszeitung“ warf der Reichstagsmehrheit Verrat an Vaterlande vor, und der schon genannte Fürst Salin-Horsmar bezeichnete die Mitglieder der Mehrheit als „Landesverräter“. Bei der Gründung eines Landesvereins der „Deutschen Vaterlandspartei“ für Westpreußen wurde der Reichstag von dem Hauptredner, Generallandschaftsdirektor Meyer-Rottmannsdorf, sogar als eine „Idiotenanstalt“ bezeichnet.

So beschimpfen angebliche deutsche Patrioten die Vertretung des deutschen Volkes. In ihrer Rut über den Reichstagsbeschuß stellen sie die Behauptung auf, daß hinter der Reichstagsmehrheit nicht die Mehrheit des deutschen Volkes stünde. Dabei stehen hinter den Parteien, welche die Verständigungsresolution angenommen haben, etwa vier- bis fünfmal soviel Wählerstimmen als hinter den Parteien der Alldeutschen!

### Der alldeutsche Patriotismus.

Bei jeder Gelegenheit stellen sich die Alldeutschen so hin, als wären sie die alleinigen Freunde des Vaterlandes und des deutschen Volkes. Um diese Behauptung zu erhärten, schreien sie auch vor den niedrigsten Verbächtigungen ihrer Gegner nicht zurück. So wird in den „Alldeutschen Blättern“ den Vertretern der Reichstagsmehrheit fortgesetzt nachgesagt, daß sie die Erfolge der deutschen Waffen nicht wünscheln, daß z. B. die Einnahme von Riga für sie ein „schwerer Schlag“ gewesen sei, gleich als ob die Anhänger des Verständigungsfriedens es auf die deutsche Niederlage abgesehen hätten.

Es braucht kaum gesagt zu werden, daß dies eine bodenlose Unterstellung ist. Die Anhänger des Verständigungs-

friedens wissen sehr wohl, daß ohne die Erfolge der deutschen Waffen Deutschland sich nicht gegen die mehr als sechs-fache Uebermacht seiner Feinde behaupten könnte. Die deutschen Siege tragen dazu bei, unsere Gegner zu überzeugen, daß sie Deutschland nicht bewältigen können und wirfen so zur schnelleren Herbeiführung einer Verständigung, wenn man nicht, wie die Alldeutschen es tun, sich nach jedem Siege in einen Eroberungsrausch hineiphantasiert. Wer freilich nach der Besetzung jeder Stadt und jeder Provinz sofort in den Ruf ausbricht: „Das geben wir nicht wieder heraus!“, der treibt die Feinde zum äußersten verzweifeltsten Widerstand.

Auf wie schwachen Füßen aber der Patriotismus der Alldeutschen steht, sobald ihre Wünsche nicht erfüllt werden, zeigen Drohungen aus ihren Reihen. Der alldeutsche Professor Roethe schrieb zu der Reichstagsresolution aus dem Felde:

„Wenn unsere Politiker so zu Hause sich tummeln — zur Freude unserer Feinde —, dann mag meinem Land alles kaput gehen, für ein so neuorientiertes Deutschland schlage ich mich nicht mehr.“

Also Mißtrauen, das ist die Drohung dieser Patrioten, wenn es nicht in Deutschland nach ihren Wünschen geht.

### Alldeutsche Methode.

Um die Anhänger des Verständigungsfriedens in Mißachtung zu bringen, scheuen die Alldeutschen auch vor den verzweifeltsten Mitteln nicht zurück. Man bezeichnet die Freunde der Verständigung von alldeutscher Seite als „Landesverräter“ und „Agenten des feindlichen Auslandes“.

Namentlich die deutsche Sozialdemokratie, welche die unerhöchteste Vorkämpferin des Verständigungsfriedens in Deutschland ist, wird von den Alldeutschen fast täglich in dieser Weise beschimpft. Beispiele dafür sind zahllos. So brachte die alldeutsche Presse das Gerücht auf, Scheide-mann sei verhaftet worden, weil ihm nachgewiesen sei, er stehe als feindlicher Agent im englischen Solde. Die „Tägliche Rundschau“ warf im August dem „Vorwärts“ vor, er schreibe „in Wahrnehmung englischer Interessen“.

Auch sonst greift man, wenn es nicht weiter geht, zu den gewagtesten Mitteln. So bringt die alldeutsche Presse andauernd Zitate aus dem „Vorwärts“ und anderen sozialdemokratischen Blättern, die nie darin gestanden haben, sie erfindet angebliche Ausprüche Bismarcks und Unterredungen mit ausländischen Personen, die den Stempel der Erfindung an der Stirne tragen und deren Unwahrheit sich schon in zahlreichen Fällen dadurch offenbart, daß die sauberen Verfasser nicht einmal geschickt erfinden konnten und Dinge hereinbrachten, durch die die Fälschung sich selber als solche entlarvte.

### Warum das alles?

Mit solchen verzweifeltsten Mitteln kämpfen die Alldeutschen, um den Blick des deutschen Volkes von der Wahrheit abzulenken. Was ist die Wahrheit?

Daß bei allseitigem Verständigungswillen der Völker ein baldiger Frieden möglich ist, während bei ungehemmter Eroberungslust der Krieg fortgesetzt werden muß, bis die allgemeine völlige Erschöpfung ihm von selber Einhalt gebietet.

Die Verfolgung des alldeutschen Programms bedeutet einen Selbstmord der europäischen Kultur, denn nach einem solchen Zusammenbruch würde ein Aufbau Europas kaum in hundert Jahren wieder möglich sein.

Die Alldeutschen freilich behaupten, Deutschland müsse verkümmern, wenn es nicht all das erhalte, was sie als Eroberungsziele bezeichnen, Land in Ost und West und eine Kriegsentwöhnung. Sie malen uns große Bilder aus, was Deutschland bei Durchführung dieser Eroberungen alles besitzen würde und nicht besitzen würde bei einem Verständigungsfrieden ohne Annexionen und Entschädigungen. Aber sie vergessen, uns die Säbeldrüse zu malen, die sich noch aufstürmen müßte bis zur Erreichung dieser Ziele, — falls sie überhaupt zu erreichen sind.

Soll wirklich für diese ungen Ausichten der Krieg ins Unendliche verlängert werden? Das Volk ist des Nordens satt, es verlangt einen baldigen Frieden und verlangt, daß dieser geschlossen werde, sobald Deutschlands Existenz gesichert ist.

Wer für die alldeutschen Ziele eintritt, der tritt für Kriegsverlängerung und neue maßlose Leiden ein. Er leitet auch künftigen Kriegen Vorschub. Denn ein Zerschmetterungsfrieden, wie ihn die Alldeutschen predigen, würde die Gegner zu neuen Revanchekriegen gegen Deutschland anspornen.

Wer einen baldigen Frieden der Verständigung will, einen Frieden, der allein Aussicht auf Dauer gewährt, der kämpfe mit uns für diese Ziele in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Berlin, den 23. September 1917.

Der Vorstand  
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

# Die Kriegslage.

Am 23. September kam es an der flandrischen Front trotz heftiger Artilleriebeschüsse nicht mehr zu größeren Infanteriekämpfen. Die Engländer leiteten den Tag durch Patrouillenvorstöße am frühen Morgen in der Gegend von Langemarck ein; sie wurden überall abgewiesen. Das Artilleriefeuer nahm im Laufe des Tages immer größere Heftigkeit an, bis es 5 Uhr nachmittags nordöstlich Ypern zum Trommelfeuer überging. Die Engländer, die zwei Stunden lang mit allen Kalibern trommelten, planten augenscheinlich einen größeren Angriff, allein im deutschen Artilleriefeuer, das mit vernichtender Wirkung auf den zerstörtesten englischen Stellungen lag, war die englische Infanterie aus ihren Trichtern nicht herauszubringen. Auch an der Küste war die Artillerietätigkeit lebhaft. Als Vergeltung für die Beschädigung von Ostende, die unter der belgischen Zivilbevölkerung so blutige Opfer kostete, wurde Düinkerken unter Fernfeuer genommen. Das Wetter, das bisher die englischen Angriffe in so hohem Maße begünstigte, wurde wieder unsichtig.

An der übrigen englischen und an der französischen Front spielten sich keine Kampfhandlungen ab. Im Artois wie bei St. Quentin wurden englische und französische Patrouillen abgewiesen. Westlich Reims versuchten die Franzosen nach schlagartiger Feuertorbereitung einen stärkeren Vorstoß, der glatt abgewiesen wurde.

An der Verdun-Front nahm das Artilleriefeuer auf dem Oisener erst nachmittags größere Heftigkeit an. In der Straße Forges-Cumieres wurde eine starke französische Patrouille im Handgranatentampfe abgewiesen.

An der Ostfront ereignete sich nichts von Bedeutung. Die Deutschen sind noch mit dem Einbringen der Beute beschäftigt, deren Menge noch nicht genau zu übersehen ist. Ein großer Teil liegt noch im Waldgebiet. Außer den bisher gemeldeten Geschützen wurden noch zahlreiche Maschinengewehre, Minenwerfer, Feldküchen und Sanitätsautos eingebracht. Die Gefangenenzahl stieg auf 4710 Mann.

## Die Heeresberichte.

WTB. Berlin, 24. September, abends. Lebhaftige Geheißtätigkeit in Flandern und auf dem Oisener der Maas. Im Osten nichts von Belang.

Wien, 24. September. (Amtlich.)

Auf allen Kriegsschauplätzen ist die Lage unverändert.

## Frankreich und Belgien.

### Die Suche nach dem Sündenbock.

Aus Bern wird berichtet:

Im „Echo de Paris“ fragt Barres, wer die Erörterung der französischen Geheimtätigkeit dem Reichskanzler ausliefern sollte. Die Frage schaffe schwere Sorgen. Man suche zu Recht oder Unrecht den Stenographen des Reichskanzlers in Turmel. Barres fordert von der Regierung scharfe Maßnahmen zur Aufklärung des Schuldigen. Gleichzeitig berichtet er aber, man konnte in Paris am Abend nach der berühmten Geheimtätigkeit den inhaltlich richtigen Auszug über die Verhandlungen für 100 bis 150 Franken kaufen. Sem hat greift in der „Humanité“ das gleiche Thema auf. Auch er stellt fest, daß eine Inhaltsangabe der Geheimtätigkeit in Paris zirkuliere. Er glaubt, der Reichskanzler erhielt einen dieser Auszüge. Die Angelegenheit Turmel siehe aber zweifellos mit der Geheimtätigkeit in Verbindung. Auch Sembat verlangt eine strenge Unterjagung. „Gaulois“ bespricht die gleiche Angelegenheit. Er verlangt die Erziehung des Schuldigen. Die diesbezüglichen drei Artikel, die bereits vor einigen Tagen erschienen sollten, waren von der Zensur verboten. Barres und Sembat mußten ihre Artikel auf Ansuchen der Zensur in einzelnen Punkten abändern.

### Einsicht.

In der französischen Kammer, die in zwei Tagen die Debatte über die Erklärung des neuen Ministeriums beendet hat, ist die bemerkenswerteste Rede von dem radikalen Abgeordneten Lemery gehalten worden. In der „Kölnischen Zeitung“ finden wir eine klare Inhaltsangabe:

M. Lemery legte unter starkem Beifall dar, daß man mit der in den letzten Monaten geübten Politik des Annehmens gegen die deutschen Stellungen nicht weiter käme. Die militärische Aktion müsse sich von der Politik lösen und begrenzen lassen. Es habe gar keinen Zweck, einige Kilometer zurückzutreten, wenn man nicht genügend Stahl und Getreide habe, um diese Methode bis in die Unendlichkeit fortzusetzen. Nicht nur liege heute Armees gegen Armees, sondern Blockade gegen Blockade. Wer länger anhalte, sage. Selbst wenn die Deutschen in Frankreich um 50 Kilometer vorrückten, die Alliierten aber reichlich Brot und Munition hätten, so sei die Niederlage bei den Deutschen.

Es habe sich gezeigt, daß die Rechnung der Entente, Deutschland durch die Masse zu erdrücken verfehle war. Der französische Generalstab habe im letzten Winter geglaubt, im Frühjahr 1917 mit 40 v. H. zumeist überlegenheit auszureichen und damit den Sieg bekommen zu können. Er habe sich geirrt. Wenn Britain gewagt hätte, welche Schwierigkeiten der Unterseebootskrieg mache, wenn er das Getreidebezug für Frankreich gekannt hätte, so hätte er vielleicht die letzte Verbund-Offensive nicht unternommen. Geheiter als jeder demütigende Offensivplan sei die Entlassung von 30 000 Mann zur Arbeit in der Heimat. Die Entente dürfe nicht vergessen, daß sie sich in ihrer militärischen Rechnung so ziemlich abzuscheiden habe. Es handle sich also darum, wirtschaftlich darzustehen, und nicht darum, Eroberungen zu machen und auf die Verpönderung Deutschlands zu hoffen.

Dem Redner wurde ungewöhnlich starker Beifall zuteil. Später bezog sich auch der neue Ministerpräsident Briand auf diese Ausführungen und schloß sie ab.

Der Redner Lemerys ist nicht Gewicht beizulegen als der Forderung Ribots nach Gleichberechtigung, Niederlegung und Garantie. Die einen finden die Sorgen der künftigen Entente ab, die anderen sind lediglich Wiederholungen aus der Zeit, da die Entente noch darauf rechnete, Deutschland besiegen und danach zerstören zu können.

### Für den Frieden.

Auf dem Kongreß der Industriellen und Arbeiter des Sines-Departements wurde mit überwältigender Mehrheit ein Entschluß angenommen, nach dem das Volk angefordert wird, auf Grund der russischen Friedensformel in Friedensverhandlungen unermüdet einzugehen.

treten. Die Arbeiter drohen im Falle der Nichtbeachtung ihrer Forderung mit einem Generalstreik. Auf der Konferenz sprach man sich entschieden gegen einen weiteren Winterfeldzug aus.

## England.

### John Burns Prophezeiung.

Eine verspätet eingetroffene Nummer der sozialistischen „Justice“ erzählt:

„Der Donner der Geschütze in dem großen europäischen Kriege hat die einst so mächtige Stimme des bemerkenswertesten Arbeiterpolitikers, den England bisher hervorgebracht hat, des Abgeordneten für Battersea, John Burns, zum Schweigen gebracht. Als er mit Trenchard und Morley in jener Kabinettsitzung (August 1914) zurückgetreten war, bestieg er eine Tribüne, um nach Hause zu fahren. Der Schaffner erkannte ihn und fragte: „Was gibt's neues, John?“ (Londoner Arbeiter nennen den früheren Minister stets John oder Jack.) „Krieg“, war die lakonische Antwort. „Ich bin zurückgetreten.“ „Und wie wird es enden?“ fragte der Schaffner. „Ert Wehrpflicht, dann Schutzgoll und schließlich Revolution“, war die Antwort.

Das war die erste und letzte Äußerung über den Krieg, die John Burns getan hat. Zwei Jahre sind vergangen. Die Wehrpflicht ist zur Wirklichkeit geworden, der Schutzgoll kommt reich näher, und mer Ohren hat, zu hören, erklärt, er könne schon leise das Grollen der Revolution vernehmen. Eine der bemerkenswertesten Seiten von Burns ist, daß sein Instinkt ihn nie im Stich läßt.“

## Italien.

### Die italienischen Sozialisten zum Friedensschluß.

Das in diesen Tagen viel genannte Zirkular des sozialistischen Parteisekretärs Lazzari lautet der „Neuen Zürcher Zeitung“ zufolge:

Italienische sozialistische Partei, Rom, Via Seminario 87. Politisches Sekretariat.

Rom, 12. September 1917.

Lieber Genosse Gemeindepräsident.

Das Zirkular Nr. 6 unserer Liga der Gemeinden gab Dir bereits die Beschlüsse des Parteivorstandes in der letzten Sitzung in Florenz über die gegenwärtige Lage der sozialistischen Gemeinden bekannt. Indem ich jene offizielle Mitteilung bestätige, lasse ich diese heute persönlich bestimmte nachfolgen und bitte Dich gleichzeitig, auf die folgenden zwei Klaren, genauen Fragen zu antworten. Die Antwort, die ich ebenso klar und genau wünsche, sollen mich nicht so sehr Deiner Parteidisziplin als unserer Bestrebungen verschließen, als mich vergewissern, ob unsere abfällige Initiative zum voraus Deine Zustimmung findet. Wenn Du nicht einverstanden sein solltest, wäre es mir erwünscht, Deine Meinung zu hören. Du kennst den von den Deputierten in der Kammer gegen einen dritten Kriegswinter gefassten Entschluß. Eine Partei wie die unsere soll ehrlich und fest das gegebene Wort halten. Die Gemeinden sind ohne Zweifel ein mächtiges politisches Mittel wegen ihres unmittelbaren Einflusses auf die Bevölkerung. Datum müssen jene von uns eroberten Gemeinden alle mit einem einmütigen solidarisches Akt des Protestes und Widerstandes unserer Auffassung zum Siege verhelfen: Frieden noch vor dem Winter, das ist der Wahlspruch, über den wir einig sein müssen. Die Mittel, ihn in die Tat umzusetzen, können nach meiner Auffassung sein: 1. Die Massenabsetzung durch allgemeine und gleichmäßige politische Mobilisierung zu bewirken, um nicht mit einem vorzüglichen Verwaltungsapparat zur Verlängerung des Krieges beizutragen, der sich als unfähig erwiesen hat, einige der gefestigten Aufgaben zu lösen, während er die materiellen und moralischen Unannehmlichkeiten der Nation vergrößert. 2. Eine und des ganzen Rates Demission auf gegebene Lösung einzureichen. Auf diese zwei Fragen sollst Du mir klare Antwort geben. Jedwede andere Initiative Deinerseits wird mir willkommen sein. In dieser Erwartung rate ich Dir die größte Zurückhaltung und Sorgfalt an und grüße Dich herzlich. Der Sekretär: geg. Konstantin Lazzari.

## Der Seetrieg.

### Britischer Torpedobootzerstörer versenkt.

Die englische Admiralität gibt bekannt: Ein britischer Torpedobootzerstörer wurde von einem deutschen Unterseeboot in der Einfahrt zum Kanal torpediert und versenkt. 50 Mann der Besatzung sind gerettet worden.

## Allerlei Kriegsnachrichten.

### Fliegerleutnant Vogt tödlich abgestürzt.

Referentleutnant Vogt ist im Luftkampf mit dem fünfzigsten Gegner tödlich abgestürzt.

### Die Antwort der Mittelmächte

wird vom offiziellen Organ des Vatikans, „Osservatore Romano“, wie folgt beurteilt: Die Antwort der Mittelmächte läßt den Weg zu einem Meinungsaustrausch der kriegsführenden Mächte offen, ein Ergebnis, das genau dem Zweck der Note des Papstes entspricht. Denn diese bezwecke nichts anderes, als einige Grundlagen zu Verhandlungen darzubieten, welche von den Mächten selbst auszuarbeiten sind, ein Zweck, der, wenn er erreicht würde, unzweifelhaft das Szenario zum Abschluß des so heiß ersehnten Friedens bieten würde. Auch in bezug auf die besonderen territorialen Fragen erscheint dem „Osservatore“ die Antwort genügend klar im Sinne der grundsätzlichen Zustimmung des Vatikans. In diesem Sinne kommt die Friedenskundgebung im Deutschen Reichstag vom 12. Juli.

### Einbehaltung schwedischer Älten.

„Post Parisien“ meldet aus Washington: In den politischen Kreisen der Vereinigten Staaten meiste man der Zurückhaltung von vier Aktenmappen des neuen schwedischen Sondergesandten durch die kanarischen Behörden von Halifax große Bedeutung bei. Die Zurückhaltung sei auf Anweisung der englischen Behörden erfolgt. Die betreffenden Kuriermappen enthalten die ganzen Akten für die schwedische Gesandtschaft in Washington. Man glaubte allgemein, daß in diesen Akten die kanarischen und englischen Behörden haupt-

sächlich eine Demonstration vornehmen wollten infolge der letzten Enthüllungen. Man habe jedoch um so größeres Vertrauen in eine freundschaftliche Beilegung der Angelegenheit, als man vermute, daß die Kuriermappen Statistiken und Informationen für den Lebensmittelkommissar Hoover enthalten haben zwecks Festlegung der nach Schweden auszuführenden Lebensmittel.

### Danings neueste Enthüllung.

WTB. Herr Daning hat der Kette seiner Enthüllungen, mit denen er die neutralen Staaten gegen Deutschland aufzuheben versucht, ein weiteres Glied eingereiht durch die Veröffentlichung eines Telegrammes vom März 1916, in dem von einem deutscherseits in Amerika beabsichtigten Verkauf von Munition und Pulver an eine holländische Kommission die Rede ist. Der Lärm, den die amerikanische Regierung mit diesem Telegramm macht und die daran geknüpften Kombinationen sind ganz haltlos. Das Telegramm enthält weder etwas Unerlaubtes noch etwas Geheimnis. Die deutsche Regierung hatte es auf drohtlosem Weg mit der der amerikanischen Regierung bekannten, bei den Funkstationen in Sayville und Tuxerton hinterlegten Schiffe nach Amerika gesandt. Als dann in Berlin bekannt wurde, daß der amerikanische Senator das Telegramm angehalten hatte, hat das Auswärtige Amt am 29. März 1916 an den amerikanischen Botschafter Gerard eine Note gerichtet, worin das Telegramm wörtlich wiederholt und gegen das Verfahren des Senators Einspruch erhoben wurde.

Die Sachlage war ganz einfach. Es war natürlich, daß Deutschland versuchte, in Amerika Munition und Kriegsgerät anzukaufen. Herr Daning wird hieran um so weniger Anstoß nehmen können, als die Vereinigten Staaten immer versichert haben, daß sie Deutschland ebenso bereitwillig Waffen und Munition liefern würden, wie der Entente. Wenn dann derartige Kriegsmaterial bei der Unmöglichkeit, es nach Deutschland zu bringen, an anderen außerdeutschen Firmen angeboten wurde, so war das durchaus einwandfreie, rechtmäßige Transaktion. Man sieht hieraus, zu welcher fadensteingigen Mittel Herr Daning in seinem Werbehungsfeldzug greift, und wie die Vereinigten Staaten schon vor dem Bruch mit Deutschland die Neutralität ganz einseitig zugunsten unserer Gegner auslegten, indem sie ihrem Inhalt nach einwandfreie Telegramme von der Beförderung ausschlossen.

### Argentiniens Kriegserklärung verschoben?

Havas meldet aus Buenos Aires:

In dem Augenblick, wo die Kammer über den Abbruch der Beziehungen mit Deutschland abzustimmen im Begriff war, traf aus Berlin eine amtliche Antwort ein, welche die Anschuldigungen des Grafen Lutzburg über den Kreuzerrieg missbilligt. — Das Wort Kreuzerrieg lasse vermuten, daß Deutschland nicht gesonnen ist, den Unterseebootskrieg einzuschränken; jedenfalls wurde die Kriegserklärung verschoben.

Weiter wird aus Buenos Aires berichtet: In der Kammer hielt der Abgeordnete Arce eine Rede in der er sagte, daß die Erklärungen des deutschen Unterstaatssekretärs des Außen nicht annehmbar seien. Der Abgeordnete Esobar sagte: Wir haben uns bei der Teilnahme für die gemeinsame Sache der Demokratie verpflichtet. Es war erstaunlich, daß wir nicht eingriffen, um an der Bekämpfung der deutschen Grausamkeiten teilzunehmen. Man muß darauf hinweisen, daß die hervorragendsten Männer des Landes Parteigänger der Alliierten waren. Cavallero, der Führer der radikalen Dissidenten erklärte: Wir haben geschwiegen, indem wir unsere Sympathien für das große, heldenhafte Frankreich unterdrückten. Wir haben geschwiegen angesichts des Opfers des unsterblichen Belgiens. Jetzt können wir nicht mehr schweigen. Die Stimmung der Kammer wurde immer stärker. Es ereigneten sich Zwischenfälle. Nach Mitternacht schied Arce dem Abgeordneten Begge seine Zeugen. Camene protestierte dann gegen die Absicht, in den Krieg zu treten und kritisierte die Veröffentlichung der Depesche Lutzburgs. Er spielte auf Gibraltar und Panama an, und versuchte dann, Lutzburg zu rechtfertigen, was zu Protesten und Lärm führte. Der Redner wurde verhöhnt. Pueyrredon sagte: Was auch die Entscheidung des Kongresses sein mag, die Regierung wird sie annehmen. Die Regierung ist nicht schwach gewesen. Die Geschichte wird anerkennen, daß sie im Gegenteil Energie gezeigt hat. Die Regierung teilte Deutschland mit, daß die Argentinier für das Völkerecht eintreten. Der Krieg der Vereinigten Staaten ist gerechtfertigt. Wir erhoben bei Deutschland wegen der Torpedierung des „Monte Protegido“ und „Toro“ Vorstellungen und erhielten Genugtuung. Die Erklärungen des deutschen Unterstaatssekretärs des Außen waren ungenügend. Wir haben vor vier Tagen eine befriedigende Antwort verlangt. Der Antrag, die Entscheidung zu verlegen, wurde mit 53 gegen 27 Stimmen abgelehnt. Die Debatte wird fortgesetzt. Bedis erklärte, die Depeschen Lutzburgs seien nicht als persönliche Äußerungen interessant, sondern als Ausdruck des Gedankens und Geistes Deutschlands. Schließlich wurde die Fortsetzung der Debatte vertagt, ohne daß die Kammer über den Antrag, mit Deutschland zu brechen, entschieden hätte.

Einem holländischen Blatte zufolge wird der „Times“ aus Buenos Aires gemeldet, man erwarte, daß der Präsident dem Wunsche des Senats, die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland zu brechen, Folge geben werde, ohne den Beschluß der Kammer abzuwarten. Die Regierung schickte alle Telegramme, die in den letzten Monaten bei der schwedischen Gesandtschaft in Buenos Aires eintrafen oder von ihr abgehandelt wurden, zur Entschiffung nach Washington.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

### Nationalliberale Kampfsangabe an die Reichstagsmehrheit.

Der Zentralverband der nationalliberalen Partei hat am Sonntag nach Referaten der Abgg. Stresemann und v. Calcker eine Entschliebung angenommen, die im Gegensatz zur Fraktionserklärung vom 19. Juli den Geist der schärfsten Kampfbereitschaft gegen die Reichstagsmehrheit atmet.

Die Entschliebung verweist auf die Behandlung des deutschen Friedenswillens durch den deutschen Kaiser am 12. Dezember v. J. und wendet sich mit Entschiedenheit gegen vorliegende Bekundungen des Friedenswillens. Der Mehrheitsbeschluss des Reichstags vom 19. Juli wird als „schwere Gefahr für die deutsche Zukunftsentwicklung“ bezeichnet und der Fraktion wird dafür gedankt, daß sie diese Entschliebung einmütig (?) ablehnte. Weiter heißt es wörtlich:

Deutschlands zukünftige Sicherheit kann nicht allein auf Völkerverträgen beruhen, sondern muß auf deutscher Macht und Stärke gegründet sein. Ohne Nachterweiterung in Ost und West und Sicherung der

weltpolitischen Stellungen über See und ohne  
ausreichende Kriegsentwicklungen würden wir  
keine Sicherheit gegen künftige Bedrohungen unseres Daseins  
haben und politisch und wirtschaftlich um Jahrzehnte zurück-  
geworfen sein. Die militärische Lage gibt uns die Ge-  
währ, daß Deutschland als Sieger den notwendigen  
besseren Schutz erhalten und die politische und wirt-  
schaftliche Zukunft Deutschlands sichergestellt wird.

Der Zentralvorstand lehnt die Übertra-  
gung des parlamentarischen Systems ab, ver-  
langt aber ein engeres und vertrauensvolleres Zusammen-  
arbeiten zwischen Reichstag und Regierung.

Eine weitere Entschließung besagt:

Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei lehnt jede  
Auflösung der sogenannten Elsaß-Lothringischen Frage  
während des Krieges und bei den Friedensverhandlungen ab.

Die Rede, die Herr Stresemann hielt, war ganz im Sinne  
der angenommenen Resolution gehalten und wandte sich mit  
besonderer Schärfe gegen die Abrüstung.

Am 19. Juli hatte Prinz Schönrich-Carolath kurz die Ab-  
lehnung der Mehrheitsresolution durch die nationalliberale  
Fraktion erklärt, aber hinzugefügt:

Dagegen sind wir bereit, auf der Grundlage eines ver-  
ständigen Ausgleichs mit unseren Feinden zu  
verhandeln, sobald auch diese einen solchen Frieden wollen, der  
dem deutschen Volke die freie Entwicklung sichert und der die  
dauernde Versöhnung der Völker erbahnt.

Aus dieser Gegenüberstellung kann man erkennen, wie  
groß der Schritt ist, den die nationalliberale Partei durch die  
Sonntag-Bekämpfung vollzogen hat. Die Schwerindustrie  
hat gesiegt, und die Partei ist mit fliegenden Fah-  
nen in das Lager der Alldeutschen überge-  
gangen. Die Folgen dieser Wendung können sehr bedeu-  
tend sein, sie werden aber dem Deutschen Reich und der na-  
tionalliberalen Partei in keiner Weise nützlich sein.

### Landrätlige Agitation gegen den Reichstag.

Ein mit Recht entrüsteter Leser sendet dem „Vorwärts“  
aus dem Felde einen Ausschnitt aus dem „Herlohrer Kreis-  
anzeiger“, worin sich ein Aufruf des dortigen Landrats fin-  
det, der unter dem Vorwand, der Werbung für die  
Kriegsanleihe zu dienen, in folgender Weise gegen  
den Reichstag loszieht:

„Wir im Landkreise Herlohr, mögen wir nun Arbeiter,  
Angestellte, Kaufleute oder Landwirte sein, werden — das  
wissen wir alle — unbestimmt um die Parteizweckheiten  
und die uns im Auslande bloßstellende Friedens-  
entschließung des Reichstages, unsere Brüder beim  
Heere und bei der Flotte, die Männer vom Stollen, Flugzeug  
und Tauchboot, auch künftighin nicht undankbar im Stiche  
lassen, sondern nach Kräften dazu beitragen, ihnen, deren  
Beitrag Blut, gerade Knochen, Gesundheit und Leben sind,  
das Rückgehalt zum ferneren siegreichen Kampfe zu verschaffen.“

Daran möchte ich angeführt der 7. Kriegsanleihe die Kreis-  
eingesessenen hiermit erinnern.  
Herlohr, im September 1917.

Der Königliche Landrat.

Kauf, Geheimer Regierungsrat.

Der von der „Deutschen Tageszeitung“ und anderen alldeut-  
schen Organen erhobene Ruf nach „Aufklärungsarbeit“ von  
seiten der Regierung scheint hier schon Erfolg gehabt zu  
haben. Der Landrat unternimmt die „Aufklärung“ auf  
eigene Faust und in Tönen, die uns seit Wochen aus dem  
alldeutschen-agrarischen Organ entgegenklingen. Der Reichs-  
kanzler und preussische Ministerpräsident Dr. Michaelis  
wird sich die Frage vorlegen müssen, ob er es sich gefallen  
lassen will, daß ein ihm unterstehender politischer  
Beamter die Friedensstunde des Reichstages, auf  
dessen Boden sich auch der Reichskanzler selbst gestellt hat,  
„uns im Auslande bloßstellend“ bezeichnet, also auch seinen  
höchsten Vorgesetzten der Bloßstellung Deutschlands be-  
geht. Der Reichstag muß es sich aber ebenfalls entschieden ver-  
biten, wenn ihm auch nur andeutungsweise unterstellt  
wird, er habe unsere Brüder beim Heer und bei der Flotte  
„undankbar im Stiche gelassen“. Das schlägt der Wahrheit  
direkt ins Gesicht, denn der Reichstag hat alles bewilligt,  
was unseren Kämpfern draußen notwendig ist und hat für  
sie manches erst gegen den Widerstand der Regierung  
herausgeschlagen. Der Reichstag will aber auch, daß  
Blut, Gesundheit und Leben unserer Brüder im Felde nicht  
unnützlich geopfert werden für unerreichbare Kriegsziele, wie  
sie alldeutscher Wahnsinn aufstellt. Das werden ihm die  
Kämpfer draußen nicht zum wenigsten danken, und solche  
landrätlige Kundmachungen wie die obige, werden sie zu  
würdigem wissen, wie sie es verdienen.

### „Judenfriede.“

Jetzt haben wir endlich die richtige Bezeichnung für  
den Frieden, wie ihn die Mehrheit des Reichstages will!  
Das erlösende Wort hat wieder einmal der alldeutsche Ge-  
neral v. Gersdorff, der zweite Vorsitzende des alldeut-  
schen Verbandes, der sich u. a. durch seinen merkwürdigen  
Briefwechsel mit dem Reichskanzler — nicht durch kriege-  
rische Heldentaten — einen Namen gemacht hat. Er hat  
sich seine Weisheit von einem fränkischen Landmann geholt,  
mit dem er sich seines „klaren Kopfes“ und „treffenden  
Urteils“ halber gern unterhält. Befragter Landmann also  
erklärt ihm: „Was ist da anderes zu erwarten? Diesen  
Reichstag haben ja die Juden gemacht, jetzt  
macht er einen Judenfrieden.“ Herr v. Gers-  
dorff stimmt dem „schlichten fränkischen Bauern“ vollständig  
zu. Er meint, die Folgen eines Friedens, wie er der Ent-  
schließung des Reichstages entspreche, würden sein:

„Berarmung und Verelendung! Die schaffenden Stände  
auf dem Lande und in der Stadt werden schwerer zu ringen  
haben als je — allein das Geld, das heute in die Ka-  
pital wird gute Tage sehen, um so besser, je größer  
die Not in Stadt und Land ist; es wird der wahre Her-  
schler werden und durch es, da die Entwidlung das be-  
wegliche Kapital in Massen in die Hände der Juden ge-  
führt hat, das Judentum!“

Der brave Alldeutsche meint, in der Aufklärung hier-  
über liege eine wichtige und gründliche Aufgabe, der sich die  
„Deutsche Vaterlandspartei“ nicht werde ent-  
ziehen können. So ist es recht!

### Gott und Papst als Friedensmacher.

Es ist längst bekannt, daß die Gottesgelahrten der pro-  
testantischen Kirche die Friedensvorschlüsse des Papstes mit  
hoher Achtung betrachten. Ganz drastisch brachte dies auch  
der evangelische Pfarrer Haus aus Spieß bei Karlsruhe in  
Baden in einem gedruckten Feldpostbrief, den er an alle  
Eingesessenen seiner Pfarrei sandte, zum Ausdruck. Man  
kann sich neben fröhlichen Mitteltönen, daß der Tobak prä-  
pariert und die Stöcker Landwirte viele Tausende Zentner

# Der amtliche Kriegsbericht.

## Neuer Luftangriff auf England.

Witz. Großes Hauptquartier, 25. Sept. (Amtlich.)  
Wöchlicher Kriegshauptquartier.

### Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Die von unserer Artillerie heftig durchgeführte Bekämpfung  
der gegnerischen Batterien erzwang zeitweilig ein beträchtliches  
Nachlassen des feindlichen Feuers an der flandrischen Schlachtfeldfront.  
Einzelnen starken Feuerwellen folgten keine Angriffe der Eng-  
länder.

### Seeresgruppe Deutscher Kronprinz:

An der Aisne und in der Champagne vorübergehende  
Feuersteigerungen und Erkundungsgefechte, die uns Gefangene  
und Beute einbrachten.

Auf dem Oiseufer der Maas spielten sich zwischen der Straße  
Bachetauville-Chaumont und Maucourt bei heftiger  
Artilleriekämpfe blutige Infanteriekämpfe ab. Südlich von  
Beaumont entziffen unsere Truppen den Franzosen Gräben in  
400 Meter Breite und hielten sie gegen mehrere Gegenstöße. Im  
Chaumewalde kam es zu erbitterten Nahkämpfen, welche die  
Lage nicht veränderten. Bei Bezonvaux hatte ein Vorstoß  
in die feindliche Linie vollen Erfolg. Im ganzen wurden den  
Franzosen über 350 Gefangene abgenommen.

Nachts brach ein Sturmtrupp bei Malancourt in die  
feindliche Stellung ein und setzte mit einer Anzahl Gefangener  
zurück.

Gestern Abend griffen unsere Flieger England an. Auf  
militärische Bauten und Speicher im Herzen von London und  
Dover, Southend, Chatam und Sheerness wurden  
Bomben abgeworfen. Brände bezeichneten die Wirkung. Alle  
Flugzeuge kehrten unverletzt zurück.

Auch Dükkirichen wurde mit Bomben angegriffen.

Die Gegner verloren 13 Flugzeuge. Oberleutnant Schleich  
erlangt den 22. und 23., Leutnant Bishoff den 21. Aufstieg.

Auf dem östlichen Kriegshauptquartier und in Mazedonien keine  
größeren Kampfhandlungen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Frühkartoffeln nach Karlsruhe geliefert und dafür ein  
schönes Stück Geld eingenommen hätten, folgendes:

„Der Papst in Rom hat jetzt keine zarten Priesterhände  
ausgestreckt, um den Frieden zuwegzunehmen, bei  
dem es keine Bestiegten und keine Besiegten geben soll; aber  
wir erhoffen einen guten deutschen Frieden von Gott, nicht  
einen schlechten internationalen vom Papst.“

Es sind gewiß nicht nur Zentrumsanhänger, die sich  
für den Papstfrieden eher erwärmen, als für den deutschen  
Frieden des Herrn Pfarrers Haus. Daß Gott und der  
Papst in diesem Punkte verschieden einzuschätzen seien, diese  
Entdeckung blieb erst einem Geistesreichen vorbehalten; einen  
Laien hätte man ohne weiteres der Gotteslästerung gezeiht.

### Alldeutsche Frauen vor die Front!

Da das Häuflein der Alldeutschen gar zu klein ist, rufen  
sie jetzt die Frauen auf, Vorkampfdienste zu leisten. In  
einem „Aufruf an die Frauen und Jungfrauen aller  
Stände“, der in der thüringischen Provinzpresse veröffent-  
licht wird, heißt es:

„Wir sind gewillt, bis zum kraftvollen deutschen Frie-  
den, einem Hindenburg-Frieden, auszuharren, und prote-  
stieren in diesem Sinne energisch gegen jede systematische  
Schwächung unseres Volksebewusstseins und unseres deut-  
schen Stolzes. — Der unterzeichnete Vorstand des Nationalen  
Frauendienstes fordert auf, sich diesem Protest durch Unter-  
schrift anzuschließen!“

Der Aufruf liegt in sämtlichen thüringischen Städten  
auf und „soll als erster Gruß der thüringischen Frauen dem  
künftigen Ehrenbürger sämtlicher thüringischen Städte, dem  
Generalfeldmarschall v. Hindenburg, zu seinem Geburts-  
tage am 2. Oktober übersandt werden.“

## Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Dienstag, 25. September.

### Die Anwendung des Hilfsdienstgesetzes auf die Lübecker Hafnarbeiter.

Am Sonntag, dem 23. ds. Mts. beschaffte sich eine von ca.  
400 Personen besetzte Versammlung mit den neuesten Maßnah-  
men, die am Hafen getroffen werden sollen. In keinem einlei-  
tenden Referate führte zunächst der Geschäftsführer A. Koehn  
aus, daß sich die Lohnkommission mit einem Schreiben an den  
Reederei-Verein gewandt hätte. Darin wird bemerkt, daß be-  
reits in einer Sitzung der Schlichtungskommission am 2. Juni  
d. J. von der Lohnkommission die Befürchtung ausgesprochen sei,  
daß die Hafengüterverwaltung der Handelskammer dazu überge-  
hen würde, den gesamten Erzumschlag in Schluß ihrer Hände  
übernehmen und für alle damit verbundenen Arbeiten Gefangene  
zu verwenden. Vom Vertreter des Nordischen Erzfabrikanten wurde  
jedoch erklärt, daß eine solche Absicht bei der Hafengüterverwal-  
tung nicht bestehe, was auch später von Herrn Syndikus Dr. Wall-  
roth auf Grund seiner eingeholten Erkundigungen bestätigt  
wurde. Da aber jetzt die ganze Erzumschlagung in Schluß von  
Gefangenen vertrieht wird, wurde in einer jetzt stattgefundenen  
Versammlung des Reederei-Vereins vom Vertreter der Handels-  
kammer erklärt, daß vor längerer Zeit Störungen im Hafenver-  
kehr in Lübeck eingetreten wären, die teilweise auf Arbeitsschwie-  
rigkeiten zurückzuführen seien, wodurch die Güter über andere  
Orte befördert werden mußten. Außerdem seien im Hafensbetrieb  
von Hamburg Gefangene angebracht, die dort nicht alle Berwen-  
dungen finden konnten und von welchen deshalb Lübeck einen Teil  
abnehmen mußte. Von den Arbeitnehmervertretern wurde dem  
entgegengestellt, daß auf Grund der feinerzeit abgegebenen Er-  
klärungen und der zwischen dem Ratinspektor und unserem Ge-  
schäftsführer stattgefundenen Besprechungen die getroffenen Maß-  
nahmen eigentümlich berührt hätten, da uns noch vor kurzer Zeit  
betr. Verbesserung einiger technischer Einrichtungen (Bekämpfung  
u. v.) seitens der Handelskammer eine heftigste Ablehnung aus-  
gesprochen wurde. Eine Regelung bezüglich einer dreiwöchigen  
Arbeitszeit von 8 Stunden hätte sich nach unserer Ansicht noch finden

lassen, wenn auch eine Anwendung des Hilfsdienstgesetzes von  
Ausführungen des Herrn Syndikus Dr. Wallroth auf die Haf-  
narbeiter nicht anwendbar sei. Deshalb hat jetzt eine erbetene  
Stimmung unter den Hafnarbeitern Platz genommen, die wohl  
den Ernst der jetzigen Zeit begreift, aber nicht befehlen  
kann, daß ihnen ein gut Teil Verdienst abgenommen wird, dessen  
sie in dieser schweren Zeit wahrlich bedürfen. Jedenfalls haben  
unsere Brüder und Kollegen draußen im blutigen Kampfe auch  
nicht deshalb die Gefangenen gemacht, damit diese uns hier in  
der Heimat den Verdienst schmälern. Nach einer ausgiebigen  
Diskussion, in der wiederholt zum Ausdruck gebracht wurde, daß  
es nach Meinung der Hafnarbeiter der Handelskammer nur um  
Geldersparnis zu tun sei, ohne Rücksicht auf die schweren Lasten,  
die jetzt den Arbeiter bedrücken, wurde einstimmig folgende Re-  
solutions gefaßt:

„Die am 23. d. M. statt besuchte Versammlung aller am Hafen  
beschäftigten Arbeiter spricht sich in schärfster Weise gegen die  
Beschäftigung von Gefangenen bei der Erzumschlagung in Schluß  
aus, wodurch den Arbeitern ein gut Teil Verdienst entzo-  
gen wird. Nach Ansicht der Hafnarbeiter sind die jetzt erfolgten  
Störungen im Verkehr nur auf technische Schwierigkeiten zurück-  
zuführen, deren Nichtbehebung Schuld der Handelskammer ist,  
da die Mittel dazu längst bereit gestellt sind. Sie ist der An-  
sicht, daß bei den jetzt angefangenen Verbesserungen und etwas  
Entgegenkommen seitens der Handelskammer die Arbeit wohl  
von den Hafnarbeitern auch jetzt verrichtet werden kann und  
fordert deshalb baldige Wabstellung der getroffenen Maßnah-  
men.“

Weiter beschaffte sich die Versammlung mit einer geplanten  
Arbeitsvermittlung am Hafen seitens der Arbeitgeber. Hierzu  
wurde vom Kollegen Koehn ausgeführt, daß verschiedenen Haf-  
narbeitern, auch solchen, die dem Hilfsdienstgesetz nicht unter-  
stellt werden können, eine Verbesserung seitens des Entwer-  
fungs-Ausschusses zum Hilfsdienst zugegangen sei, in welchem sie  
aufgefordert werden, sich innerhalb 14 Tagen in einem kriegswich-  
tigen Betriebe Arbeit zu suchen und ihnen die neu gegründete  
Stauereivereinigung angewiesen wurde. Nach Aussage des Vor-  
sitzenden des Schlichtungsausschusses seien diese Anordnungen vom  
Garnisonkommando getroffen, das keine Soldaten zur Arbeit  
mehr hergeben will, weil seiner Ansicht nach genügend Arbeits-  
kräfte am Hafen vorhanden seien. Den Stauern, die angeben,  
daß sie nicht alle diese Leute erreichen können, ist nun von der  
Kriegsamtstelle Altona die Anweisung gegeben, für die Kriegs-  
dauer eine Vereinigung zu gründen und einem Stamm von Haf-  
narbeitern einen gewissen Wochenlohn von 43,50 Mk. zu sichern.  
Die Arbeiten sollen nach wie vor nach den tariflichen Bestimmun-  
gen vollführt werden, auch soll eine diesbezügliche Kontrolle und  
Vermittlungsstelle gegründet werden. Der Zweck dieser Maß-  
nahmen sei ihrer Ansicht nach die, alle verfügbaren Kräfte zur  
Arbeit heranzuziehen, welches bisher unmöglich gewesen sei; und  
da glaube man, daß das Hilfsdienstgesetz eine Handhabe zur Aus-  
führung gebe.

In der hierauf einsehenden Diskussion wurde von fast allen  
Rednern betont, daß erstens diese Maßnahmen einseitig seien,  
indem ein großer Teil der Hafnarbeiter eventuell zurückgestellt und  
zweitens die Einteilung der sogenannten Spezialarbeiter große  
Schwierigkeiten bereiten würde. Schatz verurteilt wurde weiter,  
daß diese Einrichtung wiederum einseitig von den Arbeitgebern  
gemacht sei, ohne die Arbeitnehmer zu Rate gezogen zu haben.  
Eigentümlich berührte es auch, daß hier das Hilfsdienstgesetz eine  
Handhabe bieten sollte, während bei der Besprechung über die  
Gefangenenarbeit in Schluß vom Vertreter der Handelskammer  
erklärt wurde, daß das Gesetz auf die Hafnarbeiter nicht an-  
wendbar sei; umso mehr, da doch anzunehmen sei, daß die Han-  
delkammer zu den Beratungen herangezogen sei und doch  
obige Erklärung abgegeben habe. Dadurch sei die Ansicht auch  
nicht von der Hand zu weisen, daß durch die Gefangenenarbeit  
die Handelskammer bedeutende Ersparnisse mache. Da betref-  
s der praktischen Durchführung dieser Maßnahmen noch mancherlei  
Unklarheiten herrschen, wurden die Lohnkommissionen beauf-  
tragt, unverzüglich mit der Stauereivereinigung in Verbindung  
zu treten, um in einer am Mittwoch, dem 26. d. M., abends 8 1/2  
Uhr, stattfindenden Versammlung Bericht zu erstatten.

Beschlagnahme von Korkholz. Heute tritt eine Bekannt-  
machung betr. Beschlagnahme und Bestandserhebung von Kork-  
holz, Korkabfällen und den daraus hergestellten Halb- und Fertig-  
erzeugnissen in Kraft. Von dieser Bekanntmachung werden be-  
troffen: Korkholz, Zierkorkholz und Korkholzbrocken, Korkabfälle,  
neue und gebrauchte Korkstopfen (Pirophen), Korkpunde, Kork-  
scheiben, Korkringe, Korkfender, sowie alle übrigen vorstehend nicht  
genannten Erzeugnisse aus Kork (auch gebrauchte), sowie Kunst-  
stoff und sämtliche Erzeugnisse daraus. Mit dem Inkrafttreten  
dieser Bekanntmachung tritt die Bekanntmachung vom 1. März  
1917 außer Kraft. Gleichzeitig ist eine Bekanntmachung betr.  
Hochstpreise für Korkabfälle und Korkerzeugnisse, erlassen, welche  
für Zierkorkholz und Korkabfälle (Korkabfälle), sowie neue und  
gebrauchte Kork, sowohl aus Naturkork als auch aus Kunstkork,  
ferner für aufgearbeitete alte Kork Hochstpreise bestimmt. Der  
Wortlaut beider Bekanntmachungen ist bei den Polizeibehörden  
einzusehen.

Papier, Karton, Pappe. Amtlich wird aus Berlin gemeldet:  
Die bereits angekündigte Bekanntmachung des Reichskanzlers über  
Papier, Karton und Pappe ist inzwischen veröffentlicht worden.  
Demnach ist eine allgemeine Aufnahme der Bestände und des Ver-  
brauchs von Papier, Karton und Pappe im letzten Geschäftsjahr  
angebordnet. Zur Anzeige der Bestände sind nicht nur gewerbliche  
Bearbeiter, sondern auch Papierhersteller, Papierhändler und  
sämtliche übrigen Personen, die am 8. Oktober 1917 Papier, Karton  
oder Pappe in Gewahrsam haben, verpflichtet, sofern sie im letzten  
Jahr mehr als eintaufend Kilogramm bezogen haben. Auch bei  
den Behörden wird die Bestands- und Verbrauchermittlung durch-  
geführt werden. Ausgenommen von der Aufnahme sind Spinn-  
und Nitrierpapiere, Korbhappchen und Dachpappen sowie natron-  
zellstoffhaltige Papiere.

Die Durchführung ist der Kriegswirtschaftsstelle für das deut-  
sche Zeitungsgewerbe zu Berlin C. 2, Breitestraße 89, Abteilung  
B. D. B., übertragen, bei der die bis zum 22. Oktober 1917 aus-  
zufüllenden Fragebogen anzufordern sind. Die Kriegswirtschafts-  
stelle ist mit der Aufnahme beauftragt worden, weil sie infolge der  
von ihr durchgeführten Erhebungen und Kontingenterierung von  
Druckpapier die erforderlichen Erfahrungen und das nötige Ver-  
ständnis hat und weil die Schaffung einer neuen Stelle vermeiden  
werden sollte. In einer im Hinblick auf den Namen der Kriegs-  
wirtschaftsstelle denkbaren Bezeichnung, daß die Ergebnisse der  
Erhebungen dem Zeitungsverlag zugänglich gemacht werden können,  
liegt kein Anlaß vor.

Es wird eine Buchführungs- und eine Meldepflicht bis zum  
10. jeden Monats sowie zur Deutung der Unkosten eine Beitrags-  
pflicht der Bezüher in Höhe von 20 Pfg. für 100 Kilogramm ange-  
ordnet und der Kriegswirtschaftsstelle die zur Durchführung der  
Bekanntmachung erforderliche Kontrollbefugnis übertragen. Fern-  
er erhält die Kriegswirtschaftsstelle das Recht der Enteignung  
von Papier, Karton und Pappe, von dem sie Gebrauch machen  
wird; wenn die Befriedigung wichtiger Verwendungszwecke im  
dingenden öffentlichen Interesse liegt. Bei Zweifelsfragen grund-  
sätzlich wird die Reichskommission zur Sicherstellung des  
Papierbedarfs gehört werden.

Die Befolgung der getroffenen Anordnungen ist unter Straf-  
zwang gestellt. Ihre sorgfältige Beachtung liegt im allgemeinen  
Interesse; nur bei einer erschöpfenden Erfassung der vorhandenen  
Bestände ist eine Sicherstellung des im öffentlichen Interesse zu  
bedingenden Papierbedarfs möglich. Die ergangenen Bekannt-  
machungen über Druckpapier bleiben neben der neuen Bekannt-  
machung unverändert in Geltung.

Alle Anfragen, die sich auf die Ausführung der Fragebogen  
beziehen, sind an die bezeichnete Kriegswirtschaftsstelle (Ber-  
lin, Centrum 756-750, 19076-19078, Druckmaschinen-Kom-  
mission) zu richten.

Der erteilt Nachurlaub? Die Stellvertreter des Generalkommandos sowie alle zur Erteilung von Urlaub berechtigten Kommandanten des Besatzungsheeres sind grundsätzlich nicht berechtigt, in die Urlaubsbefugnisse des Feldheeres einzugreifen; sie dürfen also auch nicht den Urlaub von Angehörigen der Feldtruppenteile usw. ohne das vorher eingeholte Einverständnis der zuständigen Stelle des Feldheeres verlängern. Sollten dringende Ausnahmefälle vorliegen, die eine telegraphische Entscheidung beim Truppenteile unbedingt erforderlich, so können die Stellvertreter des Generalkommandos usw. den Urlaub bis zur Höchstdauer von zwei Tagen verlängern. Trifft bis dahin die angeforderte Entscheidung nicht ein, so muß der Urlaub abbrechen. Von der Befugnis der Urlaubsverlängerung ist seitens der Stellvertreter des Generalkommandos usw. nur in äußersten Notfällen Gebrauch zu machen. Der Urlaub vom 9. Juli 1917 tritt hierdurch außer Kraft.

50 Kubikmeter Gas werden für den Monat Oktober jedem Verbraucher zugebilligt. Abnehmer, die schon einen größeren Verbrauch im Vorjahr hatten, können ohne Berechnung eines Aufpreises 80 Prozent dessen, was sie im gleichen Monat des Vorjahres verbrauchten, verwenden.

Die Seizung der Eisenbahnzüge im kommenden Winter wird, wie verlautet, ähnlich wie im vorigen Jahre eingeschränkt werden müssen. Der Hauptgrund ist nicht der Mangel an Kohlen, sondern das Fehlen des Materials für Heißeisenschläuche, die aus Gummi oder Gips hierfür bestehen. Die Fern- und D-Züge sollen in beschränktem Maße, jedoch soweit nur irgend möglich, geheizt werden.

Eine neue Art Postsendungen. Mischsendungen erscheinen zum erstenmal in der neuen Postordnung. Der neue Ausdruck wird eingeführt, um zusammengepackte Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben zu bezeichnen. Sie dürfen zusammengepackt werden, wenn kein Gegenstand für sich die für ihn gültige Gewichtsgrenze oder Ausdehnung überschreitet und das Gesamtgewicht nicht über 1 Kilogramm beträgt. Die Sendungen müssen freigemacht werden. Die Gebühr beträgt bis 250 Gramm einschließlich 10 Pfg., über 250 bis 500 Gramm 20 Pfg., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 30 Pfg. Nicht freigemachte Sendungen nicht abgehandelt. Für unzureichend freigemachte Sendungen beträgt die Gebühr das Doppelte des Fehlbetrages, auf eine durch 5 teilbare Pfennigsumme nach oben abgerundet.

Unter Verdacht. Der Pantomime Friedrich Meinde aus Leterow, der im hiesigen Gerichtsgefängnis untergebracht ist und, wie wir bereits berichteten, gestanden hat, im September 1909 das Pastorin-Ehepaar Bernheim aus Reihow bei Dohran auf dem Hofwege von Sagan nach Stubbenkammer ermordet zu haben, hat angegeben, daß er ein früherer Pfleger des Ehepaares gewesen ist. Von Verwandten des ermordeten Ehepaares wird nun mitgeteilt, daß Meinde auf Veranlassung seiner Eltern im Jahre 1902 oder 1903 wegen fortgesetzter dumme Streiche von Leterow nach Kröppeln kam und dort einige Zeit die Rektorklasse der Stadtschule besuchte. Der ermordete Pastor Bernheim war damals Rektor der Schule. Er hatte weiter keine Beziehungen zu Meinde, als daß er sein Lehrer war. Nach einiger Zeit verließ Meinde aus Kröppeln, er hat sich aber auch später in Dohran herumgetrieben und dort einen Klebstoffdiebstahl ausgeführt. Die Untersuchung in der Nordmangelzeit führt die Staatsanwaltschaft in Greifswald, die für den Laien, Saganis auf Rügen, zuständig ist. Daß Meinde des Mordes für fähig gehalten werden kann, geht aus seinen vielen Verurteilungen hervor. Im Juni dieses Jahres ist er erst aus der Strafanstalt in Berlin entlassen worden, wo er eine 2½-jährige Zuchthausstrafe verbüßte, und sofort begann er wieder, neue Straftaten zu begehen. Hier hatte er sich als Kriminalbeamter aus Kottbus ausgegeben, sich mit einer Straßenbahnkassiererin befreundet und dieser aus einer Kommode 80 Mk., eine Uhr und zwei Trauringe gestohlen. Die Postkassiererin bemerkte den Diebstahl sofort und veranlaßte seine Verhaftung. Vorher war Meinde aus dem Gerichtsgefängnis in Segeberg entlassen worden.

Des 1. Volkstümliche Konzert des Vereins der Musikfreunde am Montag, dem 1. Oktober, ist eine Vorfeier von Hindenburgs 70. Geburtstag. Die Volkstümlichen Konzerte finden in dieser Spielzeit im Stadttheater statt und beginnen 7½ Uhr. Alle Plätze (80 und 40 Pfg. einm.) Kleiderablagegebühr sind nummeriert. Verkauf täglich 11-2 Uhr an der Theaterkasse.

pb. Fahrraddiebstahl. Gestern nachmittag wurde vom Hjul eines Hauses der Weiten Straße ein Fahrrad gestohlen. Marke Goelmeiß Deder, brauner Sattel, ebenfalls Deder, eingedruckt das Wort „Prima“, Rahmen und Felgen schwarz. Von dem norddeutschen Kaufmann fehlen große Stücke der Laufmaschine. Die Polizeinummer war 8976.

Blau. Beim Bootfahren ertrunken. Im Blauer See sind am Sonnabend zwei Personen bei einer Bootfahrt ums Leben gekommen. Bei dem herrschenden Sturm kenterte das Boot und die beiden Insassen, — es sollen zwei Marineangehörige gewesen sein, — ertranken.

Altena. Sozialdemokratische Anträge. Die sozialdemokratischen Stadtratsmitglieder Senert und Thomas haben folgende Anträge an die Städtischen Kollegien gerichtet: 1. Die Städtischen Kollegien sollen beschließen: Der Zensus zur Erwerbung des Bürgerrechts wird von 1200 Mk. auf 800 Mk. herabgesetzt. 2. Die Städtischen Kollegien sollen bei der Regierung dahin wirken, daß die einschränkenden Bestimmungen zum Erwerb des Bürgerrechts durch Empfang von Armenunterstützung aufgehoben, mindestens aber auf die Bestimmungen, die zurzeit bei der Ausübung der sonstigen Staatsbürgerrechte (Wahl- und Landtagswahl) Geltung haben, eingeschränkt werden. 3. Die Städtischen Kollegien sollen beschließen, bei der Regierung dahin zu wirken, daß der § 35 Absatz 2 der Städteordnung gestrichen wird.

Kiel. Für Frieden und Demokratie. Am 2. September haben die Drahtzieher der Alldeutschen in Schleswig-Holstein ihre sämtlichen Vertrauensleute aus der ganzen Provinz zusammengetrommelt zu einer Versammlung in Kiel, in der der Landtagsabgeordnete Barmeister und der Kieler Rechtsanwalt Bodelmann für die alldeutsche Eroberungspolitik eintraten und in der die Schmäzung des Reichstages allerlei leisteten. Trozdem in der Versammlung von den Einberufenen weder eine Ausdrucksungelassen, noch eine Abstimmung vorgenommen wurde, fuhren die Alldeutschen in die Welt hinaus, daß die Mehrheit der Kieler Bevölkerung hinter den Alldeutschen stehe und von einem „Berzucht“ und „Schmachfrieden“ nichts wissen wolle. Die alldeutschen Eroberer haben am letzten Sonnabend eine kräftige Abfertigung erhalten. Die Kieler Ortsgruppe der fortschrittlichen Volkspartei hatte eine öffentliche Versammlung einberufen, die von gut 2500 Personen aus allen Kreisen der Bevölkerung besucht war. Der Reichstagsabg. Hoff verurteilte scharf das Treiben der Alldeutschen und verteidigte die Friedensresolution des Reichstages. In der ausgiebigen Debatte sprach im Namen der Sozialdemokratie, deren Anhänger einen sehr großen Teil der Versammlung bildeten, der Genosse Adler, die Friedensarbeit der Sozialdemokratie besonders hervorhebend; ferner kam auch die alldeutsche Anfrucht zur Geltung und auch die „Unabhängigen“ schickten zwei Redner vor, die sich abmühten, die Ablehnung der Friedensresolution durch die „unabhängigen“ Fraktion zu verteidigen. Die Unabhängigen hatten das Gerücht in Umlauf gesetzt, der Reichstagsabg. Haase werde zu der Versammlung erscheinen, um so schon vor der Versammlung Stimmung für ihre Sache zu machen. Sie fielen in der Versammlung im trauten Verein mit den Alldeutschen jämmerlich ab. Die Versammlung nahm gegen ungefähr 100 Stimmen, davon mag die Hälfte auf Alldeutsche, die andere Hälfte auf Unabhängige fallen, eine Resolution an, die sich rückhaltlos auf den Boden der Friedensentscheidung des Reichstages stellt. Weiter wird in der Resolution entschieden Einspruch erhoben gegen die irreführende und ehrverletzende Art, in der von alldeutscher Seite gegen die Mehrheit des Reichstages und ihre Wählerhaft gekämpft wird. In der alldeutschen Kampfesweise erblickt die Versammlung eine ernste Bedrohung der inneren Einheit des deutschen Volkes und eine Gefährdung der auf einen baldigen ehrenvollen Frieden abzielenden Bestrebungen unserer Regierung. Zum Schluß wendet sich die Resolution gegen die Einwirkungen des Auslandes auf unsere innerdeutschen Verhältnisse, erklärt aber, daß sie eine alsbaldige Durchführung der politischen Neuordnung, insbesondere die Einführung der parlamentarischen Regierung im Reich und des gleichen Wahlrechts in Preußen im Interesse der stetigen Beendigung des Krieges und der friedlichen Weiterentwicklung des deutschen Volkes für unbedingt geboten hält.

Neumünster. Zwei schwere Eindrehler, der Kellner Raadtman und der Tischler Ostermeyer, wurden dem hiesigen Zentralsgefängnis zugeführt. Sie wurden durch den Gendarmeriewachtmann Herrmann aus Norderdort aus dem Zuge heraus verschleppt. Mit noch zwei entkommenen Komplizen, die vorher ausgeflogen, haben sie in Schleswig nachts das Schaufenster des Goldschmieds Petersen gesplündert. Von der Beute im Werte von 10000 Mk. hatte Raadtman noch für 7000 Mk. Sachen bei sich. Im hiesigen Amtsgericht unternahm er einen Fluchtversuch, indem er aus einem Fenster der 1. Etage sprang, sich an einer Dachrinne heruntergleiten ließ und dann querselbstin lief; er wurde sofort verhaftet und eingekerkert. Ostermeyer bestritt jede Teilnahme an dem Einbruch, gibt jedoch ebenfalls für überführt.

Bremen. Zwei Kinder im Rauch erstickt. Auf traurige Art zu Tode gekommen sind die beiden 6- und 8½-jährigen Töchter der in der St. Magnusstraße wohnenden Eheleute Behold. Die Mutter hatte Donnerstag morgen die Wohnung

verlassen und sich zu einem Arzt begeben. Die beiden Kinder hatte sie in die Stube eingeschlossen. Als sie bald darauf zurückkehrte, bemerkte sie schon beim Windfang einen Brandgeruch. Sie eilte sofort in die Stube und fand das ältere Kind vor der Stubentür und das jüngere auf dem Sofa. Das Zimmer war voller Rauch. Die Frau rief sofort um Hilfe. Ein Soldat trug die beiden Kinder auf den Hausflur. Die sofort mit Hilfe der Feuerwehr vorgenommenen Wiederbelebungsvorläufe hatten leider keinen Erfolg. Die Kinder waren an Rauchvergiftung gestorben. Nach Lage der Sache ist anzunehmen, daß die Kleinen mit Streichhölzern gespielt und dabei einen in ihrer Nähe stehenden Schließkorb mit Wäsche in Brand gesetzt haben.

## Neueste Nachrichten.

222. Berlin, 24. September. (Amlich.) Durch die Tätigkeit unserer U-Boote wurden im Sperrgebiet um England wiederum 23 000 Brutto-Register-Tonnen versenkt. Unter den versenkten Schiffen befanden sich der bewaffnete englische Dampfer „Teerlech“ (3112 Tonnen), Ladung Kupfererz und Kork, das französische Biermaht-Bollschiff „Tarapaca“ (2506 Tonnen) mit Salpeter sowie ein unbekannter Landdampfer, der durch zwei Zerstörer gesichert war.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Bern, 24. September. Der „Tempo“ meldet aus Petersburg: Der Einberufung der demokratischen Konferenz stellen sich wachsende Schwierigkeiten entgegen. Die Konferenz ist verschoben und der Zusammentritt zweifelhaft geworden.

Stockholm, 24. September. „Sozialdemokraten“ schreibt: Das Auftreten der zwei großen westlichen Demokratien gegenüber der russischen Revolution und der Konferenz in Stockholm zeigt, daß ihnen alles andere als das Interesse der Demokratie am Herzen liegt. Von weit schlimmerer Bedeutung ist aber das Verhalten der Verbandsregierungen gegenüber der russischen Revolution. Es ist kein Zweifel, daß die Gegenrevolution in Rußland von einflussreicher Seite in England gestützt wird. Auch glaubt man mit Grund, daß die Völkerverbände des Verbandes, vor allem Buchanan, der gegenrevolutionären Propaganda nicht fernstehen.

## Volkspflege.

Gewerkschaftlich - genossenschaftliche  
Versicherungs - Aktien - Gesellschaft.

Bureau: Johannisstr. 48, pt.

Geöffnet:

Freitags und Sonnabends,  
abends von 7-8½ Uhr.

Nähere Auskunft über die Volkspflege wird im Bureau erteilt. Ferner werden Anträge zur Aufnahme in dieselbe im Bureau und von den Hilfskassierern der Gewerkschaften entgegengenommen.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Babel und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Baumg., für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Gmündlich in Babel.

## Bekanntmachung

betreffend den Verkehr mit Eiern.

Auf Grund der vierten Verordnung betreffend den Verkehr mit Eiern vom 2. Juni 1917 wird hiermit angeordnet:

Die Gültigkeit des Abschnittes O VII des Lebensmittelbuches wird bis zum 29. September 1917 verlängert. Auf diesen Abschnitt darf ein Ei abgegeben und entnommen werden.

Lübeck, den 24. September 1917. (2812)

Das Polizeiamt.

## Bekanntmachung.

Die Warenabgabestellen des Konsumvereins für Lübeck und Umgebung haben noch Eier vorräthig, welche sie gegen Abtrennung des Abschnittes O VII an jedermann verabfolgen. (2813)

## Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

Die nach der Bekanntmachung vom 25. August 1917, betreffend Einschränkung des Gasverbrauchs, zu 3, Absätze 1 und 2 freigegebene Monatsmenge beträgt für den Oktober 1917: 50 cbm.

Lübeck, den 25. September 1917.

Im Auftrage

des Reichskommissars für Elektrizität und Gas.

Der Sachverständigenrat.

Hase. (2810)

2 Bekanntmachungen Nr. O. 16. 17 KRA. betreffend Beschlagnahme und Brandversicherung von Korchholz, Korchabfällen und den daraus hergestellten Halb- und Fertigerzeugnissen“ und Nr. 26. 17 KRA. betreffend „Höchstpreise für Korchabfälle und Fertigerzeugnisse“ vom 25. September 1917 werden heute durch die nachstehenden Verfügungen (Regierungs-, Amts- und Kreisblätter) sowie durch die Polizeibehörden veröffentlicht. (2809)

Altona, den 25. September 1917.

Städt. Generalkommando IX. A. R.

## Ziehung der Lotterie

zum Behen von den Eiben bei Heubetrieb (Häuser)

unwiderruflich am 2. Okt. 1917.

Die 50 H. in jährlichen Beiträgen und Beile 50 H.

Beitrag: Anstellung und Verkauf von Hauszügen und städtischen Sanitärerzeugnissen und Stoffen sowie von Original-Granaten als Geschenk (Stad 10 H.). (2817)

Am 20. September erhielten wir die traurige Nachricht, daß unser lieber unvergesslicher Sohn, Bruder und Verlobter, der Gefreite

## Hans Grimm

Inhaber des G. Kreuzes 2. Klasse, im blühenden Alter von 22 Jahren als Opfer des grauamen Krieges gefallen ist. Tief betrauert und schmerzlich vermisst von seinen Eltern, Geschwistern und Braut. Wilhelm Grimm und Frau nebst Kindern. Schönampfer, 12. Lady Voigt, als Braut. Familie Voigt. Ruhe sanft, geliebter Sohn und Bruder.

Am Sonntag nachmittag 7¼ Uhr entließ sich nach langem schweren Leiden in ihrem 47. Lebensjahre meine liebe Frau, meiner Kinder trennende Mutter, unsere gute Tochter, Schwester und Schwägerin

## Johanna Düring

geb. Frank. Tiefbetrauert von den Hinterbliebenen. Wilh. Düring und Kinder nebst Verwandten und Bekannten. (2816) Göttd. Ludwigstr. 67. Beerdigung Freitag, Beginn der Trauerfeier 2¼ Uhr in der Kapelle des Bismarck-Kriegervereins.

In verl. eine 32 Petroleumlampe, 3 Mk., eine gr. Petroleumlampe, 2 Mk., eine Petroleumlampe, 1 Mk., bei der Gledingstraße.

## Lübeckische Beleihungskasse für Hypotheken.

Geschäftsstelle: (2806) Fleischhauerstraße 18, Zimmer 6.

## Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der Buchdruckerei „Lüb. Volksbote“ Johannisstraße 46.

## Achtung!

Empfehle mein reichhaltig. Lager von K.-A.-Seifenpulver und K.-A.-Feinseife. NB. September-Feiertagen laufen Sonnabend, den 29. d. Mts. ab. (2814) Seifenhaus Spethmann, Fackelburger Allee 58 b, Bedrgrube 17, Meierstraße 21.

## Stadttheater.

Eröffnung Sonntag, den 30. Sept. 1917: Anfang 6 Uhr:

## Lohengrin.

Große Oper von R. Wagner. Dienstag, den 2. Oktbr. 1917: Anfang 6½ Uhr:

## Faust.

Von W. von Goethe. Mittwoch, den 3. Okt. 1917: Anfang 7 Uhr:

## Der Barbier v. Sevilla

Komische Oper v. G. Rossini.

## Hüte für Damen und Kinder

sehr preiswert. Alte Hüte sowie Pelzsachen werden schön und billig aufgearbeitet. (2819) Minna Hertz, Bedrgrube 50.

## Hansa-Theater.

Dienstag, den 25. September abends 7 Uhr: (2807) Zum ersten Male: Wo die Schwalben nisten. Volksstück in 5 Bildern von Kestner und Lorenz.

## Achtung! Achtung!

## Versammlung

sämtlicher im und am Hafen beschäftigten Arbeiter am Mittwoch, dem 26. September abends 8½ Uhr

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung: Berichterstattung der Lohnkommission über die Verhandlung mit der Stauerei-Vereinigung.

Das Erscheinen der Kollegen ist dringend erforderlich.

Der Vorstand.

## Hansa-Theater.

Donnerstag, den 27. Sept., abends 7½ Uhr: Einmaliger Lieder- und Arien-Abend

## Bernhard Bötel

vom Deutschen Opernhaus, Berlin. K. positionen von Schubert, Schumann, Wolff, Mozart, Verdi, Messenet u. a. m. (2806)

Am Flügel: Kapellmeister Hans Thierfelder.

Vorverkauf: Musikalienhandlung Robert, Holstenhaus, Zigarrenhaus Haefels, Ecke Schlüsselbuden u. Theaterkasse.

Die nächsten Aufgaben der Partei.

Dieses Thema wird bekanntlich auf dem Würzburger Parteitag behandelt. Hierzu sind vier Vorberichterstattungen bestimmt, und zwar: 1. Demokratisierung: Dr. Landsberg, 2. Die nächsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik: Heinrich Cunow, 3. Finanzpolitik: Wilhelm Reil und 4. Unsere nächsten sozialpolitischen Aufgaben: Rudolf Wiffell.

Um eine fruchtbare Diskussion auf dem Parteitag zu ermöglichen, sollen die Berichte vorher auszugsweise im Druck veröffentlicht werden. Wir beginnen heute mit einem Auszug aus dem Referat Landsbergs über die Demokratisierung.

Demokratisierung.

Deutschland braucht Demokratie, um leben zu können. Wir sehen uns überall in der Welt vor einem Ocean von Haß und Brand. Fast jeder der wenigen noch neutral gebliebenen Staaten leidet ihm mehr oder weniger stark. Wenn ein Staat nach dem anderen auf die Seite der Entente tritt, obwohl die Art, wie ihr Haupt, England, den Seekrieg führt, mit den schwersten wirtschaftlichen Schäden für alle Neutralen verbunden ist, so kann diese Erscheinung nicht mit der „Allgewalt der englischen Flotte“ erklärt werden. Sicher verfolgen die herrschenden Klassen in allen den Staaten, die ihre Neutralität mit der Parteinahme für die Entente vertauscht haben, eigennützige Eroberungszwecke. Aber daß die breiten Massen überall ohne Widerstreben sich in den Kriegstrüben hineingezogen lassen, sie, die immer und überall geschlagen werden, wenn sich die Staaten bekriegen, beruht auf dem Mangel, das man sich allenthalben von unseren innerpolitischen Zuständen macht und machen kann. Man sieht die militärische und wirtschaftliche Lächerlichkeit des deutschen Volkes. Man vergegenwärtigt sich die Zurückgebliebenheit seiner Verfassung, die alle Gewalt in die Hände einer schmalen Schicht und der aus ihr hervorgegangenen Obrigkeit legt, und man fühlt sich bedroht. Denn man zieht aus der Tatsache, daß eine aufs höchste gesteigerte Volkskraft von einer herrschgewohnten Klasse, deren Pläne man nach zahlreichen aufsehenerregenden aggressiven Neußerungen beurteilt, nach Willkür bewegt werden kann, den Schluß, daß der Weltfrieden nicht eher gesichert ist, bis Harmonie zwischen der tatsächlichen Kraft und der politischen Macht des deutschen Volkes besteht. Und ein solches Vorurteil richtet sich gegen ein Volk, dessen Friedensliebe schon dadurch gewährleistet wird, daß es die stärkste sozialdemokratische Partei hat, und dessen von politischer Klarheit entferntere Schichten bei Wahlen nicht wirksamer zur Stimmabgabe für reaktionäre Parteien veranlaßt werden können, als durch das von diesen zu agitatorischen Zwecken beherrschte Geistes eines Krieges! Wir können unter dem Vorzeichen des Hasses der Welt nicht leben, und wir können ihn nur dadurch bannen, daß das deutsche Volk die Bestimmung seines Geschicks selbst in die Hand nimmt.

Deutschland braucht Demokratie, um leben zu können. Wie sollen wir die ungeheuren Verluste an geistiger Kraft, die der Krieg verursacht hat, ersetzen können, wenn die Führung der Führerposition der Nation auch weiterhin einer kleinen Volkschicht überlassen bleibt, die sich mit Notwendigkeit als eine dafür nicht ausreichende Basis erweisen muß, und wenn auch in Zukunft wertvolle Kräfte, die man in der Stunde der Not zu wecken und zu nutzen verstanden hat, abgestoßen und zur Verwässerung verurteilt werden! Die Demokratie weiß, daß die Völker der Führer auf dem Wege zur Kultur nicht entzogen können. Aber sie hält der Zustand, daß die Anwartschaft auf die Führerstellen auf den Standesunterschieden liegt, für unbillig und darum für unmöglich. Sie weiß, daß, solange Deutschlands bisherige Verfassung bestehen bleibt, an dem System der Regierung aus Gründen der Klasse, der Nationalität, der Konfession nichts Wesentliches geändert werden kann. Eine Prinzipienentscheidung, die das Heft im Staat in der Hand hat, die sich für den Staat hält, die sich auf das Volk nur bezieht, wenn sie es braucht, wird freies Vortreten sein müssen, die Volksmassen an die Rette zu legen; sie muß ihnen den Aufstieg zur Selbstbestimmung verweigern, weil es sonst mit ihrer Herrschaft vorbei ist. Und der Obrigkeitstaat, der sich mit einer solchen Schicht auf Geduld und Verdrerb verbunden hat, muß in das selbe Horn stoßen wie sie. Ueberdauert der Druck, der auf dem politischen Leben Deutschlands lastet, den Krieg, so kommt zu der furchtbaren Gefahr des Hasses der Welt gegen Deutschland die furchtbare hinzu, daß die Massen des deutschen Volkes, die diesen Krieg nicht nur zur Abwehr der äußeren Feinde, sondern auch zur Eroberung der Freiheit im Innern führen, das Interesse am Staat verlieren. Der Druck im Innern würde dem Haß im Auslande Aussicht auf Verwirklichung seiner Ziele machen. . . . Was braucht das deutsche Volk an Reformen? Wir Sozialdemokraten wissen, daß die volle Demokratie die Befreiung der Klassen gegenüber zur Voraussetzung hat. Immerhin ist auch im Rahmen dieser Gegenstände ein beträchtliches Maß

von Volksgestaltung zu erreichen. Die arbeitende Klasse eines Staates, der in seinen Angehörigen Bürger und nicht Untertanen sieht, der ihrem friedlichen, gewaltlosen Mittel absehnenden Streben nach Ueberwindung des Prinzip des wirtschaftlichen Individualismus durch das Sozialismus keine Hindernisse bereitet, wird sich als Teil ihres Staates betrachten und ihr Alles daran setzen, ihn zu erhalten und zu fördern. Zu einem solchen Staat, der mit dem ihn bildenden Volk eine Einheit ist, wollen wir Deutschland machen.

Was tust du für den Frieden?

Ein Hoffen und Sehnen erfüllt die Völker Europas. Wie lange soll das grauenvolle Treiben, das Massenmorden, das Zerstückern noch fortdauern? Wann endlich kommt der Friede wieder? Das sind die Fragen, die aller Herzen erfüllen, auf aller Lippen schweben, in aller Augen zu lesen sind.

Klar ist man sich darüber, daß die Kriegsheer aller Staaten sich gegenseitig in die Hände arbeiten zur Verlängerung des Völkergemeinens. Aber ist man sich auch klar darüber, daß Hunderttausende von Arbeitern und Arbeiterfrauen ein eigenes Verschulden trifft?

Unterstützen sie nicht die Macht und den Einfluß der Kriegsheer dadurch, daß sie ihre Presse lesen und bezahlen?

Können ihr das vor euch selbst verantworten? Sehr oft hört man in der Arbeiterschaft Neußerungen berechtigten Spotts über das Phrasengeklänge der bürgerlichen Zeitungen. Aber ist es dann richtig, diese gefährliche Presse zu unterstützen? Käme es auf die Zeitungen dieser Mächtigungen an, so könnte der Krieg noch einmal drei Jahre dauern.

Seht ihr euch danach, die ihr diese Zeitungen leset und bezahlt? Wenn nicht, dann wisset, daß auch ihr etwas für den Frieden tun könnt.

Schwächt die Macht der Kriegsheer, verachtet ihre Presse und werdet Abonnenten einer Zeitung, die entschlossen und beharrlich für den Frieden arbeitet. Eine solche Zeitung ist der „Lübecker Volksbote“.

Die internationale Gesellschaft auf Gegenseitigkeit für Verlängerung des Krieges muß niedrigerungen werden, wenn endlich der Friede kommen soll. Dabei kann jedermann im Volke mitwirken durch Unterstützung und Weiterverbreitung der sozialdemokratischen Presse. Wer für den Frieden arbeiten will, der lese den

„Lübecker Volksboten“.

In einem Staate, der nichts anderes ist, als das durch die Verfassung organisierte Volk, ist kein Raum für ein persönliches Regiment. Die Politiker der Rechten betonen immer wieder die Notwendigkeit einer starken Monarchie und bezeichnen Bestrebungen, die auf eine Erneuerung der Volksrechte abzielen, als unvereinbar mit einer starken Königsgewalt. Eigentümlicherweise zeigt die Geschichte, daß noch jeder preussische Monarch, der eine wirklich kräftige Persönlichkeit gewesen ist, schwere Kämpfe mit diesen Vorkämpfern der Monarchie zu führen hatte, deren Verachtung monarchischer Herrschaft nach dem rein platonisch zu sein scheint. Es ist nicht wahr, daß starke monarchische Gewalt ein schwaches, an Rechten armes Volk zur Voraussetzung hat. Wirklich stark ist nur der Monarch, der an der Spitze eines freien, mit dem Staat zu einer Einheit verbundenen Volkes steht. Stark ist der Monarch, der die Ministerverantwortlichkeit nicht als Feigenblatt für sich in Anspruch nimmt, sondern sich gegenwärtig hält,

daß sie ihm die größte persönliche Zurückhaltung zur Pflicht macht. Welchen anderen Inhalt hat die Einrichtung der Ministerverantwortlichkeit, als den, daß die politischen Entscheidungen von den leitenden Staatsmännern, nicht vom Monarchen selbst zu treffen sind! Die Ministerverantwortlichkeit ist eine Unwahrheit, wenn sie zur Verschleierung anders gearteter tatsächlicher Verhältnisse dient. Wirklich stark ist der Monarch, der nicht in den Tagskämpfen Partei ergreift. Und am stärksten ist der Monarch, der, wenn der von ihm geleitete Staat eine republikanische Verfassung hätte, die Aussicht haben würde, mit erdrückender Mehrheit zu seinem Präsidenten gewählt zu werden.

In einer Verfassung, wie wir sie erstreben, muß die Entscheidung über Krieg und Frieden der Volksvertretung überlassen sein. Kann die Berechtigung dieser Forderung deutlicher bewiesen werden, als durch die Erfahrungen dieses Krieges? Die Völker brauchen und ersehnen einen Frieden der Verständigung. Die Staatsmänner lehnen es entweder ab, diesem Ziele nachzugehen, oder sie schlagen ungeeignete Wege zu ihm ein. In einem Parlament, das, wie der Deutsche Reichstag, die Führung auf dem Wege zu einem Frieden ohne Annexionen und finanzielle Vergewaltigungen an sich gerissen und das damit bewiesen hat, daß es die Notwendigkeiten der Zeit und der Völker besser verstanden hat, als die Staatslenker, muß eine Mehrheit vorhanden sein, die es ablehnt, die Entscheidung über die wichtige Frage im Leben der Völker bei einigen wenigen Männern zu belassen und es dem deutschen Volke ermöglicht, sie durch seine Vertretung zu treffen.

In einem Staate, wie wir ihn erkämpfen wollen, kann kein anderes als das parlamentarische Regierungssystem herrschen. Die Gewähr für persönliche Lächerlichkeit der leitenden Staatsmänner ist die denkbar größte, wenn ihre Ernennung auf Vorschlag einer zur Mehrheit gelangten Partei oder einer Gruppe von Parteien erfolgt, die dringend daran interessiert sind, keinen Mißgriff zu begehen, und die auf Grund einer langen politischen Tätigkeit ihrer Führer ein klares Urteil über ihre Befähigung haben. Und welche Fülle von Macht fließt für den Staat aus der Tatsache, daß eine feste Mehrheit hinter seinen leitenden Männern steht! Das Niederdrudden an der Wolow-Affäre war, daß Männer, denen man alle möglichen Defekte, bloß nicht einen Mangel an Klugheit und Kenntnis der innerpolitischen Verhältnisse unseres Landes vorwerfen kann, den Weg unsauberster Hintertreppen für geeignet halten konnten, um den Sturz des leitenden Staatsmannes herbeizuführen. Ist es etwa ein Zeichen von Sicherheit und Festigkeit der innerpolitischen Verhältnisse, wenn durch künstliche Herbeiführung eines Zwistes zwischen der obersten Zivil- und der höchsten Militärgewalt ein Wechsel in der Person des leitenden Staatsmannes und im politischen System herbeigeführt werden kann? Und spricht es für die Solidität der politischen Verhältnisse, wenn mitten im Weltkriege an die Spitze eines großen, in schwerer Gefahr befindlichen Volkes ein Mann treten kann, von dessen Kandidatur niemand eine Ahnung hatte, der niemals mit auswärtiger Politik sich beschäftigt hat und dessen Stellung zu den mit dem Kriege zusammenhängenden Fragen völlig unbekannt ist, der es auch nicht für nötig gehalten hat, sich vor der Annahme des Amtes darüber zu unterrichten, ob er und seine politischen Anschauungen das Vertrauen der Volksvertretung haben? Man fragt sich, welches der Rechtsmittel sein mag, auf Grund dessen ein solcher Mann erklären kann, daß er sich die Führung nicht aus der Hand nehmen lasse, da doch die erste Voraussetzung einer führenden Stellung ein führender Geist ist. Ueber die Wirkung der Verleihung eines Amtes auf die Einstellung des Ernannten sollte man sich keinen übertriebenen Vorstellungen hingeben. Und dient es etwa den Interessen des Volkes und des Staates, wenn es Konventionen von in jeder Beziehung unverantwortlich handelnden Personen beinahe gelingen konnte, auf den bei den in Deutschland zurzeit bestehenden Verhältnissen besonders wichtigen Posten des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes einen Mann zu bringen, dessen Ernennung die Kriegssituation in einem der mit uns im Kampfe liegenden Länder bis zur Ständige hätte steigern können!

In unserer Zeit der Erziehungsmittel ist man in Deutschland auf den Gedanken verfallen, auch einen Ersatz für das parlamentarische Regierungssystem herzustellen. Er besteht darin, daß man einige Parlamentarier an die Spitze höchster Reichs- und Staatsämter stellt; so hofft man, sich die Unterstützung derjenigen Fraktionen zu sichern, aus denen diese Männer hervorgegangen sind. Auf diesem Wege kann die Volkskraft nicht in die Zentralstellen übertragen werden. Männer, die durch die Ernennung zu Ministern aus dem parlamentarischen Leben ausscheiden und alte Herren ihrer Fraktionen werden, verlieren die Führung mit ihnen. Der Wert des parlamentarischen Regierungssystems liegt gerade in der Personalunion, darin, daß die Leiter der Parlamentsmehrheit es sind, die die Staatsgeschäfte führen. Die Zeit ist nicht fern, in der man die Kunde von der Art, wie bisher in Deutschland und Preußen Staatsmänner entstanden sind, für ein Märchen halten wird.

Treue siegt.

Eine Geschichte von der See.  
Von Edmund Hofer.

34. Fortsetzung.  
Die erneute Untersuchung hatte, wie wir bereits angedeutet haben, zu Ergebnissen geführt, welche für Detlef durchaus günstig waren und seine Schuld als eine sehr geringe erscheinen, ja endlich fast ganz zusammenschwinden ließen. Die Aufregung war eine so zugleich raffinierte und maßlose gewesen, und ihr folgte, auf Detlefs ersten, freilich sehr heftigen Ausbruch von Selbsts Seite ein so brutaler Angriff, daß das traurige Ende des Streites als eine fast notwendige Folge angesehen werden mußte. Fast alle noch vorhandenen Zeugen sahen in Detlefs Handeln kaum etwas anderes als einen Akt der Notwehr — wer läßt sich eine Mißhandlung gefallen, wie Selbst sie ihm drohte, ja zum Teil schon zur Ausführung brachte? — und daß die Wirkung des Schlags, der den Angreifer traf und darniederwarf, eine so verberbliche war, hatte nicht einer der Anwesenden, geschweige denn der außer sich geratene Detlef, befürchten können.  
Selbst der damalige Richter hatte dies alles anerkannt, soweit es ihm kein Vorurteil gegen den Sohn des befreundeten Hauses erlaubte; freilich die Verbindung Selbsts mit dem Magister hatte er nicht begriffen oder ignorierte sie, und Detlefs Strafe würde daher, abgesehen von der langwierigen und alles mögliche heranziehenden Untersuchung, voraussichtlich noch immer eine strenge gewesen sein. Jetzt schwand diese Strafe auf ein Minimum zusammen, ja beschränkte sich beinahe auf die Monate der Untersuchungszeit, die ihm voll angerechnet wurden. Und nun war alles überstanden und er war frei, triumphierend, wenn man es so heißen will, über seine Feinde, umgeben und unterstützt von einer Teilnahme, die desto höher stieg und desto wärmer wurde, je mehr es mit dem Magister bergab ging und je tiefer man dem unheimlichen Mann in die schmuggigen Karten schaute.  
Nicht am wenigsten regte sich diese Teilnahme gerade unter denen, welche Detlef erst neudings näher getreten waren, das war außer dem Oberförster und dem Direktor Sink, sogar jener alte Freund Siemens, der Oberamtmann Kruse. Was ihm damals in der Erzählung von der Vergangenheit der Pfarrfamilie unklar geblieben war, hatte er jetzt längst verstanden. Der Magister hatte es in Anbetracht dieser Verhältnisse mit ihm genau ebenso versucht, wie er es in seinem ganzen Kreise zu haben gepflegt: er hatte die Wahrheit überall und auf das letzte zu seinen Gunsten entstellt, in der Voraussetzung, daß der oder die

Zuhörer teils durch seine Persönlichkeit allzusehr bestochen würden, teils dennoch ein allzu geringes Interesse für das nähere der mitgeteilten Umstände haben dürften, als daß sie der Sache hätten weiter nachforschen sollen. Das hatte Kruse, wie gesagt, jetzt längst erfahren, ja zum Teil durch die Pfarrerin selber. Es ist nicht genug, zu sagen, daß das Gewissen der Frau erwacht war und sie zu größerer Gerechtigkeit gegen den lange verkannten Sohn zwang. Nein, auch ihr offenbarte sich jetzt das verberbliche Spiel des Gatten: er habe der Armen den Sohn im wörtlichsten Sinne des Wortes vom Herzen fortgelogen und fortbetrogen, wie er denn auch in ihnen übrigen Angelegenheiten die Gattin fast überall mit Lug und Trug umgeben und über die Wahrheit getäuscht hatte.

Detlef hatte das bis auf einen gewissen Grad begriffen und mehr als einmal versucht, die Mutter aus diesen Nezen zu befreien — er hatte ihr trotz allem, was vorgegangen war, mehr kindliches Gefühl bewahrt, als die meisten ihm zugetraut haben mochten. Das hatte auch der Oberförster Bensheim erfahren, denn hierher gehörte das, was ihn, wie wir wissen, nachdem so ernstlich für Detlef interessiert und eingenommen hatte, daß er demselben bis auf den heutigen Tag eine Teilnahme widmete, die weit über das gesellschaftliche Maß hinaus ging. Es war in einem Herzensstiel über die frühere Frau Horst und ihre Verbindung mit dem Magister in freier Weise gesponnen worden. Als Detlef davon erfuhr, hatte er den Hauptprediger zur Rede gestellt, Widerruf und Genugthuung verlangt, war aber mit seiner Forderung verächtlich zurückgewiesen worden, weil er, wie man es betonte, durch sein Leben, ja durch seine Stellung zu den Seinen das Recht auf Satisfaktion verloren habe. Er benahm sich bei dieser Verhandlung, die zufällig in des Oberförsters Gegenwart stattfand, mit so viel Entschlossenheit, Takt und Würde, daß Bensheim mit voller Teilnahme auf seiner Seite stand. Und man durfte Detlef sein Verhalten immerhin und um so höher anrechnen, als er innerlich von der Wahrheit der Anschuldigungen nur allzu fest überzeugt war. Denn gleich nach dem Austrag der Angelegenheit hatte draußen im Pfarrhause jene zweite Szene zwischen dem Sohn und den Eltern stattgefunden, deren wir Siemens gedenken hörten und die, nach seiner Darstellung, die vollständige Trennung der Verwandten zur Folge haben mußte.

Für Detlefs kindliches Gefühl sprach aber auch kein Verlangen, sich jetzt mit der Mutter zu verständigen und zu veröhnen, und die zugleich heftvolle und taktvoll einsetzende Weisheit, in der dies ausgesprochen wurde. Als bald, nachdem er frei geworden, ging er nach Rosenhof hinüber, wo Kruse der unglücklichen Familie auch jetzt

nach eine Freistadt gewährte, und hatte eine lange Unterredung mit Frau Terese und ihrem gerade anwesenden Bruder, welche das beste Ende nahm. Bestfeld so gut wie die Pfarrerin selbst äußerten sich später gegen den Oberamtmann mit wärmster Anerkennung und vollster Dankbarkeit über Detlefs redliche, ernste und zugleich schonende Weise, und die Mutter beklagte mit tausend Tränen die alte böse Zeit mit ihren Sünden, ihrer Verblendung und der, allem Recht und aller Billigkeit, ja aller Menschlichkeit hochspröden Mißhandlung ihres Kindes. Wie sie Detlef jetzt vor sich fand und kennen lernte, mußte sie wohl zu der traurigen Frage kommen, was aus ihm für die Welt, für die Seinen, für sich selbst hätte werden müssen, hätte ihn nicht der Haß, sondern die Liebe durchs Leben geleitet!

Trotz dieser Veröhnung gingen sie von einander — nach menschlicher Voraussicht, auf immerwiedersehen; denn die Pfarrerin war durch alles, was die letzte Zeit über sie verhängt hatte, in ihrer Kraft gebrochen, und der Sohn wollte nicht im Lande bleiben, sondern, wie er es auch zuvor schon im Sinne gehabt, dahin zurückkehren, wo er schon in den vergangenen Jahren hart, aber mit Erfolg für sein Fortkommen gearbeitet hatte. Daß er das bisher als Seemann getan, daß uns bei einer solchen, nach Tätigkeit und Uebung der körperlichen Kraft verlangenden Natur um so weniger auffallen, als er ohnehin an der See geboren, von Jugend auf mit ihr sozuzugehen in Verbindung geblieben und gleich all ihren Anwohnern mit der vollen Lust für sie und die Tätigkeit auf ihr erfüllt war. Jetzt freilich, da er das Mädchen mit sich führen wollte, dem er in allen Verhältnissen und Gefahren seine Liebe und Treue bewahrt, und da er überdies von der Mutter ein verhältnismäßig bedeutendes, ihm längst zustehendes Kapital ausgeliefert erhalten hatte, jetzt wurde drüben kein Lebensweg ein anderer und leichterer.

(Fortsetzung folgt.)

Es mag der Sozialdemokratie sehr hart ankommen, eventuell in einem Kampfe für die Integrität des deutschen Bodens gewissermaßen das jamale heimische Regierungssystem und ihre Todfeinde mit verteidigen zu müssen: aber diese wird sie nicht durch fremde Eroberer los, sondern allein durch eigene Hilfe, durch Uebertreibung des Systems, das herrscht und schließlich die Massen gegen sich empört. . . . Wir verteidigen in einem Verteidigungskriege nicht unsere Feinde und deren Institutionen, wir verteidigen uns selbst und das Land, dessen Institutionen wir in unserem Sinne umgestalten wollen, das alle den Boden für unsere Tätigkeit bildet.

